

# Geschichtliches

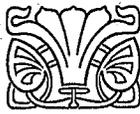
zur

# Maifeier in Deutschland

Carl Zeiss  
24 OKT. 1907  
Bibliothek

Nach Tatsachenmaterial zusammengestellt vom Vorstand des Deutschen  
... Metallarbeiter-Verbandes ...

A19345  
N 7369



Friedrich-Ebert-Stiftung  
Bibliothek

Sozialdemokratische Partei  
14. Bezirksverband  
Parteiortstand  
Bibliothek



Personalarb. am

Stuttgart 1907  
Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Cie.

## Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Vorwort . . . . .	V
Die Entstehung der Maifeier . . . . .	1
Die erste Feier des ersten Mai . . . . .	7
Die Maifeier auf dem Parteitag in Halle . . . . .	16
Der Parteivorstand und die Maifeier 1891 . . . . .	19
Die Maifeier auf dem internationalen Kongreß in Brüssel . . . . .	21
Der Parteitag in Erfurt 1891 . . . . .	23
Der Parteitag in Berlin 1892 . . . . .	23
Bebel über die Maifeier und ihre Bedeutung . . . . .	29
Die Maifeier auf dem internationalen Kongreß in Zürich 1893 . . . . .	32
Die Maifeier auf dem Parteitag in Köln . . . . .	37
Die Maifeier auf dem Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie 1894 . . . . .	42
Der Parteitag in Frankfurt a. M. 1894 . . . . .	45
Der Parteitag in Breslau 1895 . . . . .	46
Die Maifeier auf dem internationalen Kongreß in London 1896 . . . . .	48
Die Maifeier 1896 und der Parteitag in Gotha . . . . .	48
Der Parteitag in Hamburg 1897 . . . . .	51
Der Parteitag in Stuttgart 1898 . . . . .	56
Der Parteitag in Hannover 1899 . . . . .	57
Die Maifeier auf dem internationalen Kongreß in Paris 1900 . . . . .	58
Der Parteitag in Mainz 1900 . . . . .	58
Der Parteitag in Lübeck 1901 . . . . .	59
Der Parteitag in München 1902 . . . . .	62
Der Parteitag in Dresden 1903 . . . . .	65
Die Maifeier auf dem internationalen Kongreß in Amsterdam 1904 . . . . .	68
Der Parteitag in Bremen 1904 . . . . .	70
Die Maifeier auf dem Gewerkschaftskongreß in Köln 1905 . . . . .	77
Die Maifeier auf dem Parteitag in Jena 1905 . . . . .	83
Der Parteitag in Mannheim 1906 . . . . .	101
Der Deutsche Metallarbeiter-Verband und die Maifeier . . . . .	105
Die fünfte ordentliche Generalversammlung in Nürnberg 1901 . . . . .	109
Die sechste ordentliche Generalversammlung in Berlin 1903 . . . . .	115
Die siebente ordentliche Generalversammlung in Leipzig 1905 . . . . .	119
Die Beteiligung der Verbandsmitglieder an der Maifeier . . . . .	132
Die Lehren aus der durch Arbeitsruhe begangenen Maifeier . . . . .	135

## Vorwort.

Die Erörterung über die würdigste Form der Begehung des 1. Mai in Deutschland ist so alt wie die Maifeier selbst. Vom Tage des Bekanntwerdens des auf dem Kongreß in Paris gefaßten Beschlusses an waren die Meinungen in dieser Frage geteilt und sie sind es heute noch, werden es wohl auch für die Zukunft bleiben. Unstimmigkeiten in bezug auf Meinungen sind an sich kein Übel und haben auch bisher in jeder gesunden Volksbewegung bestanden. Sie beseitigen zu wollen, hieße sich Unmögliches vornehmen. In der Arbeiterbewegung besonders kann es nicht ausbleiben, daß über taktische Fragen die Meinungen weit auseinandergehen. Liegt also nicht der mindeste Grund vor, diese Erscheinung zu beklagen, so verhält es sich wesentlich anders mit der Form, in welcher solche Unstimmigkeiten zum Ausdruck kommen. Während früher als ungeschriebenes Gesetz der Grundsatz bestand, daß jeder seine Meinung frei und offen sagen dürfe, zeitigte gerade die Erörterung über die Maifeier Formen, die diesem Grundsatz direkt zuwiderlaufen. Nicht die redliche Absicht, der Arbeiterbewegung zu nützen, wurde bei den Freunden einer Änderung der Maifeier angenommen, sondern das Gegenteil, und die Diskussion in Wort und Schrift ging darauf hinaus, von den Angestellten der Gewerkschaften zu verlangen, daß sie sich nicht nur, wie das bei Demokraten selbstverständlich ist, der Mehrheit fügten, sondern daß sie auch ihren Mund verschließen sollten, weil sie eine von der herrschenden Meinung abweichende Ansicht hatten. Daß ein solches Verlangen den demokratischen Grundsätzen zuwiderläuft, bedarf keines Nachweises, daß es aber auch der Arbeiterbewegung zum Nachteil sein muß, ist unschwer zu erkennen. Die mit Lebhaftigkeit geführte Diskussion blieb nicht auf den engen Kreis der in Vertrauensstellungen befindlichen Personen beschränkt, sondern sie zog auch noch weitere Kreise. Sie verbreitete sich bis tief hinein in die Arbeiterschaft, drang in die Werkstätten, in die Fabriken und ließ auch dort die Gegensätze in gleicher Weise aufeinanderprallen. Die Manifestation, die nach außen hin als Verbrüderung der Arbeiter gelten sollte, erfüllte nicht nur nicht ihren Zweck, sondern wurde zum Bankapfel unter den Arbeitern selbst oder drohte es zu werden. Die Diskussion nach dem Gewerkschaftskongreß in Köln ist ein beredtes Zeugnis dafür. Sie schlägt der in unseren Kreisen vielgerühmten Toleranz in Meinungsachen direkt ins Gesicht.

Diese nicht sehr erbauliche Erscheinung zeitigte beim Unterzeichneten die Absicht, durch Sammlung des auf die Maifeier bezüglichen Materials eine Darstellung der Entwicklung dieser selbst zu geben. Eine solche

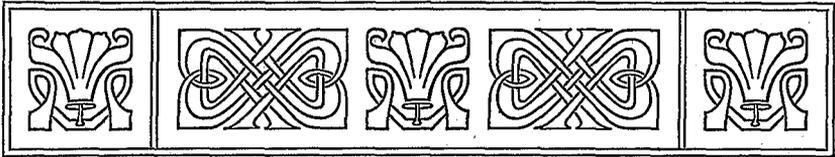
Aufgabe ist aber mit nicht zu unterschätzenden Schwierigkeiten verknüpft, weil Aufzeichnungen über die Beteiligungsziffer an der Maifeier so gut wie gar nicht vorliegen. Die alljährlich unmittelbar nach dem 1. Mai erscheinenden Zeitungsberichte sind zumeist nichts weiter als Stimmungsbilder, die nach dem Erfahrungssatz: „Was man will, glaubt man gern,“ von Jahr zu Jahr feststellen, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai beträchtlich zugenommen habe. Ein Durchblättern der meisten Zeitungen und namentlich der auf kleinere Orte und die Provinz verbreiteten ergibt auch, daß die Zahl derer, die am Abend des 1. Mai oder am Sonntag nachher die Manifestation begehen, der der Feiernden bei weitem überlegen ist und daß trotz aller Fortschritte, die die Arbeitsruhe am 1. Mai gemacht haben mag, die Zahl der Feiernden kaum ein Prozent der arbeitenden Bevölkerung überhaupt ausmacht. War also die Sammlung einwandfreien Zahlenmaterials nicht möglich, weil so gut wie keines vorlag, so gab die Behandlung dieser Frage auf den Parteitagen und den internationalen Arbeiterkongressen doch genügend Anhaltspunkte für die Tatsache, daß die Anschauungen, die heute von verschiedenen Gewerkschaftsbeamten und auch vom Unterzeichneten vertreten werden, keineswegs Original dieser sind, sondern schon zu anderen Zeiten von Leuten vertreten wurden, deren Anschauungen gerade von der arbeitenden Bevölkerung stets sehr großes Gewicht beigelegt wird. Ein Teil dieser Äußerungen erscheint darum sehr wichtig, weil sie eine Voraussage der sich vollziehenden Entwicklung darstellen und durch diese heute vollständig bestätigt worden sind. Diese beiden Erscheinungen waren für uns Grund genug, an der Hand der verschiedenen Parteitags- und Arbeiterkongressberichte eine Darstellung der Entwicklung der Maifeier in Deutschland zu versuchen.

Was die Anordnung des Stoffes anbelangt, so ist darüber wenig zu sagen. Die Daten aus den erwähnten Berichten sind in chronologischer Reihenfolge zusammengestellt, ihnen folgt dann die Entwicklung dieser Frage in unserem Verband und dann eine Darstellung der Folgen dieser Entwicklung.

Im allgemeinen schien es uns auch ratsam, mit der eigenen Meinung zurückzuhalten, einesseits, weil sie ja hinreichend bekannt, andernteils um auch die Wirkung der in Reden zum Ausdruck gebrachten Gedanken nicht abzuschwächen. Schließlich aber wollen wir auch keine Streitschrift, sondern in der Hauptsache den Lesern Material in die Hand geben, das ihnen die Prüfung einer der bedeutendsten Streitfragen innerhalb der Arbeiterschaft erleichtern und eine objektive Würdigung dieser ermöglichen soll.

Stuttgart, im Mai 1907.

Der Vorstand des  
Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.



## Die Entstehung der Maifeier

datiert auf das Jahr 1889 zurück, wo auf dem internationalen Arbeiter- und Sozialistenkongress am 19. Juli der französische Delegierte Lavigne namens des Nationalverbandes der französischen Syndikatskammern und Korporativgruppen einen Antrag auf Veranstaltung einer großen Manifestation einbrachte, der folgenden Wortlaut hatte:

Internationale Kundgebung zum 1. Mai 1890.

Der Kongress beschließt:

Es ist für einen bestimmten Zeitpunkt eine große internationale Manifestation (Kundgebung) zu organisieren, und zwar dergestalt, daß gleichzeitig in allen Ländern und in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten (Behörden) die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen und die übrigen Beschlüsse des internationalen Kongresses von Paris zur Ausführung zu bringen.

In Anbetracht der Tatsache, daß eine solche Kundgebung bereits von dem amerikanischen Arbeiterbund (Federation of Labor) auf seinem im Dezember 1888 zu St. Louis abgehaltenen Kongress für den 1. Mai 1890 beschlossen worden ist, wird dieser Zeitpunkt als Tag der internationalen Kundgebung angenommen.

Die Arbeiter der verschiedenen Nationen haben die Kundgebung in der Art und Weise, wie sie ihnen durch die Verhältnisse ihres Landes vorgeschrieben wird, ins Werk zu setzen.

Dieser Antrag wurde mit allen gegen die Stimmen der Russen und Belgier angenommen, ohne daß vorher eine Diskussion stattgefunden hätte. Es fand allerdings nachher eine rege Diskussion statt, diese galt aber nicht der Resolution an sich, sondern der Abstimmung ohne vorhergehende Diskussion und klang in einem scharfen Tadel dieses Mangels aus.

Der Antrag enthält aber keinen einzigen Satz, der auch nur im entferntesten andeutete, daß die Manifestation durch Arbeitsruhe am 1. Mai gedacht war, im Gegenteil, der letzte Satz des Antrages wollte den einzelnen Nationen die Art der Manifestation vollkommen überlassen wissen. Der französische Delegierte Tressaud führte aus, daß „voraussichtlich die Manifestation am 1. Mai wirkungslos bleiben wird, und empfiehlt daher, dieselbe durch einen Generalstreik einzuleiten. Diese ‚grève générale‘ (allgemeiner Streik) sollte einen wirksamen Nachdruck geben.“ Er beantragte, daß der Kongress als ersten Schritt der sozialen Revolution den Generalstreik beschließen sollte.

Wie wenig der Kongreß von der Zweckmäßigkeit eines solchen Schrittes überzeugt war und wie gering die deutsche Delegation den Generalstreik als Kampfmittel bewertete, bewiesen die ironischen Zwischenrufe, mit denen der Antrag aufgenommen wurde, als auch die Einwendungen des deutschen Delegierten Wilhelm Liebknecht, der ausführte, daß der „Generalstreik ein Ding der Unmöglichkeit sei, da er eine so starke und einheitliche Organisation der Arbeiter voraussetze, wie sie zurzeit noch nicht existiere und in der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt nicht existieren könne. Die englischen Arbeiter waren Ende der dreißiger und anfangs der vierziger Jahre trefflich organisiert, weit besser, als es die Franzosen jetzt sind, und doch scheiterten ihre großen Streiks, sowie andere Versuche einer allgemeinen Arbeitseinstellung. Haben die Arbeiter aber erst einmal eine so starke Organisation, um einen Generalstreik durchsetzen zu können, so werden sie sich hoffentlich nicht mit einem solchen begnügen, sondern einen besseren Gebrauch von ihrer Organisation machen. Dann sind sie Herren der Welt. Und die Arbeit dann einzustellen, wäre erst recht eine grenzenlose Torheit.“

Diese Ausführungen Liebknechts fanden nicht nur ungeteilten Beifall bei der deutschen Delegation, sondern auch beim Kongreß, der den Antrag mit großer Mehrheit ablehnte.

Bei den deutschen Delegierten war recht wenig Neigung zu spontanem, sprunghaftem Vorgehen. Man betrachtete die herrschenden Gewalten noch als eine reale Macht, der man ebenfalls nur durch Macht, aber nicht durch Demonstrationen imponieren würde. Das ließ besonders die Rede Bebel's erkennen, die im Gegensatz zur Rede Jules Guesde sich gleichsam als Programmrede für die deutsche Taktik gegenüber der französischen Taktik darstellt. Der Kongreß hatte sich vorwiegend mit Fragen des Arbeiterschutzes zu beschäftigen, und führte Bebel einleitend als Berichterstatter der deutschen Delegation über die Entwicklung der Arbeiterbewegung folgendes aus:

Vor noch kaum zwanzig Jahren wäre es unmöglich gewesen, mit einem solchen Programme Verhandlungen zu eröffnen. Die Arbeiterbewegung beschäftigte sich damals weniger mit der Praxis als mit der Theorie. Die Diskussion der Prinzipienfragen legte die Vorstellung nahe, daß die Umgestaltung der Gesellschaft unmittelbar vor der Tür stehe. Seitdem hat man eingesehen, daß die bürgerliche Ordnung der Dinge zwar unwiderrücklich zum Untergang verurteilt ist, für den Augenblick aber noch Widerstandsfähigkeit genug besitzt, um sich einige Zeit lang aufrecht zu halten, und daß anderseits die Kräfte der Arbeiterklasse noch nicht genügend erstarkt sind, um die notwendige gesellschaftliche Neugestaltung herbeiführen zu können.

Die praktischen Fragen, die Fragen nach dem, was sogleich geschehen soll, um unmittelbar Nutzen zu schaffen, drängen sich in den Vordergrund, und sie haben dazu um so mehr ein Recht, als sie eine eminente Werbekraft besitzen, die Arbeiterklasse mehr und mehr in die sozialistische Strömung ziehen und so dem Sozialismus die Wege bahnen.

Anfänglich glaubte man bei uns in Deutschland ziemlich allgemein, daß die gewerkschaftliche Bewegung, die Verbände der Fachgenossen, mit ihrem Schwerpunkt in den Alltagsfragen des praktischen Lebens für die Entwicklung des Sozialismus ein Hindernis seien. Allmählich ist man sich über diesen Irrtum klar geworden, in den man hineingeraten war. Die Un-

möglichkeit, die Massen mit einem Schlage für das ganze und schließliche Ziel des Sozialismus zu gewinnen, und die Unmöglichkeit, dieses Ziel ohne weiteres zu erreichen, nötigte von selbst dazu, daß man immer mehr für praktische Maßregeln eintrat, die geeignet sind, bei den Arbeitern zunächst das Klassenbewußtsein zu wecken. Die Resultate, welche auf diesem Wege erreicht wurden, sind vortreffliche. Obgleich die deutsche Arbeiterbewegung verhältnismäßig jung ist, jünger als die Arbeiterbewegung in England und Frankreich, zeichnet sie sich aus durch die Klarheit, mit der sie das zu erreichende Ziel ins Auge faßt, und durch die Kraft, welche sie bereits im Kampfe erprobt hat. Diese ihre Kraft ist schon heute eine solche, daß sie den herrschenden Klassen vielleicht über Gebühr Furcht und Schrecken einflößt.

Diese Ausführungen Bebels sind heute noch zutreffend, trotz aller Behauptungen von sozialistischen Dogmatikern und Kurpolitikern. Wies doch das „Hamburger Echo“ in einem Artikel über Zweckmäßigkeit und Anerkennung der Gewerkschaftsbewegung vor dem Mannheimer Parteitage darauf hin, daß Karl Marx schon in den sechziger Jahren in seinem Buch „Das Elend der Philosophie“ den Anschauungen der bürgerlichen Ökonomen und der damaligen Sozialisten und Anhänger Charles Fouriers und Owens entgegengetreten ist, als diese behaupteten, die Gewerkschaftsbewegung nütze nichts. Marx führte dieser Ansicht gegenüber den Nachweis, daß die Gewerkschaftsbewegung und die Gewerkschaftsvereine für die Organisation der Arbeiterklasse dieselbe Bedeutung haben, wie die Gemeindebildung des Mittelalters für die Mittelklasse der bürgerlichen Gesellschaft.

Ebenso erkannte Liebknecht schon zu einer Zeit, in der die Gewerkschaftsbewegung noch in den Kinderschuhen steckte, deren Wert und deren Einwirkung auf das politische Parteileben, und deren Einwirkung auf die Disziplinierung der Massen, indem er im Jahre 1873 im „Volkstaat“ schrieb:

Die gewerkschaftlichen Organisationen geben schon im heutigen Staate dem politischen Parteileben feste ökonomische und soziale Unterlagen, ohne deren Ausbildung und mit deren Verhinderung blutige Dramen geschichtliche Notwendigkeit werden. Die Partei des vierten Standes muß letzteres zu verhindern suchen, trotz der Provokationen der Herrschenden und Befehlshabenden. . . . Es nützt nichts, daß wir die Massen auf die soziale Revolution verträosten, die sich ja fortwährend von selbst durch Übermacht des Kapitals vollzieht.

Auch eine auf dem internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongress in London im Jahre 1869 angenommene Resolution bewegte sich in gleicher Richtung, indem sie erklärte:

Die Arbeiterklasse wird zur politischen Macht nur in dem Maße, wie sie organisiert ist. Die Gewerkschaften machen die Arbeiterklasse schon deshalb zur politischen Macht, weil sie die Arbeiter organisieren.

Wenn es nun trotzdem in Deutschland Leute gibt, die die von den Gewerkschaften betriebene, reale Gegenwartspolitik als Kleinigkeitskrämerei und Sisyphusarbeit hinzustellen belieben und in der Theorie sich eine Welt ausmalen, die nicht ist, darüber aber die vorhandene Welt vergessen, so darf das die in den Gewerkschaften tätigen Arbeiter auf keinen Fall zu gleichem Tun veranlassen. Gerade die

Entwicklung der Gewerkschaften in Deutschland beweist ihre Notwendigkeit und die Richtigkeit ihrer im allgemeinen eingeschlagenen Taktik.

Gerade die Ausführungen Jules Guesdes zu dem gleichen Thema auf dem internationalen Kongreß geben zu denken, weil sie gerade, soweit sie Organisationsfragen betreffen, verschiedene neuerdings auch in Deutschland verzapfte Weisheiten enthalten. Über die Organisation selbst führte Jules Guesde aus:

Volk der Tat mehr als der Organisation, sind wir Franzosen außerdem gewöhnt, sprunghaft vorzugehen, wo andere Schritt vor Schritt marschieren. Unter dem Eindruck der Ereignisse improvisieren, rekrutieren wir, im Kampfe selbst, die notwendige Armee.

Das auch für die Zukunft zu hoffen, erlauben uns unsere Traditionen, erlaubt uns unser Temperament: zu Rahmen (cadres) bringen wir es, zu nichts weiter als zu Rahmen. Und zu Rahmen, welche für die von den Umständen gebotene Mobilmachung genügen; wir haben dieselben schon jetzt. Das läßt uns aber auch, ohne Prahlerei, mit Vertrauen in die Zukunft schauen.

Die Ursache für diese Kampfweise erblickte Guesde in den politischen Verhältnissen und erklärte sie folgendermaßen:

Unsere Bourgeoisie, die schlimmste, rücksichtsloseste, unbarmherzigste aller Bourgeoisien (man erinnere sich der Meutereien des Juni 1848 und des Mai 1871) und die heuchlerischste, hat das französische Proletariat systematisch zu Pulver zerrieben, in Atome aufgelöst, es jeder gemeinsamen Handlung entwöhnt, indem sie ihm von 1790 an durch das Gesetz Chapelier nicht allein jede Assoziation, sondern auch jede Vereinigung eines Gewerkes, angeblich im Interesse der Allgemeinheit, untersagte. Und dieses Verbot, verschärft durch draconische Artikel des Gesetzesbuches, genannt nach Napoleon (Code Napoléon), gegen die Verbindungen, hat sich zu Frankreichs Schande bis 1848 erhalten, d. h. bis zu dem Tage, wo die industrielle Zentralisation die Freiheit der Syndikate illusorisch machte. Man hat es zu Anzin, Bierzon, Montceau gesehen, überall, wo die Sklaven der Bergwerke, der Eisenbahnen, der Hochöfen von dem ihnen gesetzlich gewährten Recht der Assoziation und Vereinigung Gebrauch machen wollten, sahen sie sich überwältigt durch das Veto der Gesellschaften: Keine Syndikate! — keine Gewerkschaften! — wenn nicht, keine Arbeit! das heißt kein Brot!

Kann es da wundernehmen, daß die französische Arbeiterchaft, seit mehreren Generationen des Gebrauchs ihrer Beine beraubt, so langsam marschiert auf dem Wege der gewerkschaftlichen Organisation? Auch unsere sozialistischen Organisationen können nicht verglichen werden mit der deutschen Sozialdemokratie und ihren Hunderttausenden von Anhängern. Was uns lähmt, wenigstens in diesem Augenblicke, was unsere Propaganda weniger fruchtbar und unsere Rekrutierung langsamer macht, obgleich vielleicht sicherer — — das ist, so sonderbar es auf den ersten Blick auch scheinen mag — die politische Freiheit, die wir genießen, und durch welche viele Arbeiter getäuscht werden. Was uns zurückhält, das ist die Republik, welche seit 19 Jahren dauert und welche die Massen nicht aufhören als einen Talisman zu betrachten, der, ohne Anstrengung ihrerseits, im Laufe der Zeit, sie ihrem Elende und ihrer Knechtschaft entreißen soll.

Wenn die Bekämpfung des Proletariats durch die Bourgeoisie, durch draconische Gesetzesbestimmungen, und durch die Unternehmergesellschaften eine derartige Stagnation bedingt hätte, dann müßte dies auch in Deutschland in dieser Richtung gewirkt haben. Wo wäre da die deutsche Gewerkschafts- und Parteibewegung? Man kann mit

ruhigem Gewissen die Behauptung aufstellen, und auch die Beweise dafür erbringen, daß wohl die Arbeiterbewegung keines anderen Landes — außer Rußland — mehr unter der Gesetzeswillkür und der Bekämpfung durch Unternehmer und Unternehmerverbände, wie auch Polizeivillkür zu leiden hatte, als die deutsche Arbeiterbewegung.

Als Beweis dafür sei die Ausführung des Genossen Legien hier angeführt, der feststellt, daß in 10 Jahren des Sozialistengesetzes, von 1878 bis 1888, nicht weniger als 20 gewerkschaftliche Zentralverbände und 98 Lokalverbände durch die Behörden verboten wurden. Einige lösten sich selbst auf, um diesem Schicksal zu entgehen.

Trotzdem wuchs die Gewerkschaftsbewegung unter diesem Druck des Sozialistengesetzes, und zwar so, daß man nach Fall desselben erstaunt war, bei der Heerschau eine solche Armee vorzufinden. Nach einer Statistik von Aug. Geib gab es 1877 25 Zentralverbände und 5 lokale Fachvereine. Die ersteren zählten 48 290 Mitglieder, die letzteren 765. Zusammen 49 055 Mitglieder. Diese Statistik mag mangelhaft sein, aber große Differenzen dürfte sie wohl nicht aufweisen.

Als 1890 das Sozialistengesetz gefallen war, zeigte die Heerschau 53 Zentralvereine mit 227 733 Mitglieder und 5 durch Vertrauensleute zentralisierte Gewerkschaften mit 73 467 Mitgliedern, also eine Gesamtzahl von 301 200 organisierter Arbeiter.

Die Parteiorganisationen wurden durch das Sozialistengesetz vollständig vernichtet, die Parteipresse unterdrückt und verfolgt. Die bekannteren Parteigenossen und diejenigen, die nur im Geruch standen, solche zu sein, wurden ausgewiesen und ins Gefängnis gesteckt. Und was war die Folge davon? Im Jahre 1878 wurden bei der Reichstagswahl etwa 500 000 Stimmen abgegeben und im Jahre 1890 1 427 289 Stimmen. Im Jahre 1878 waren 12 sozialdemokratische Abgeordnete im Reichstag, und im Jahre 1890 zogen 35 ein.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung wurde also durch diese Unterdrückung und Verfolgung nicht unterdrückt, sondern die Zeit dieser Unterdrückung und Verfolgung war die Zeit der Schulung und Disziplinierung. Mit Ameisenfleiß wurde in dieser Richtung gearbeitet, und diese Schulung gab der deutschen Arbeiterschaft die Grundlage zu den starken Gewerkschaften und der strammen Parteiorganisation, die sie heute aufweist.

Ein anderes Volk hätte vielleicht den Versuch gemacht, sich mit Gewalt gegen diese Unterdrückung aufzubäumen, was die Folge gehabt hätte, daß es noch mehr unterdrückt und aller Bewegungsfreiheit beraubt worden wäre. Gerade diese Nüchternheit des deutschen Volkes in schwierigen Situationen ist es, die das Geheimnis für die Größe und Stärke der deutschen Arbeiterbewegung in sich birgt.

Wenn nun, wie dies auf dem französischen Gewerkschaftskongress im Oktober 1906 zu Amiens der Fall war, der deutschen Bewegung zu ihrer Nüchternheit und Gründlichkeit auch die französische Begeisterung und „Schlagfertigkeit“ gewünscht wird, so kann man die Erfüllung dieses Wunsches dankbar ablehnen, denn ohne diese beiden

letzteren Eigenschaften kann die deutsche Arbeiterbewegung nur vorn Danebenschlagen und Geschlagenwerden bewahrt werden.

Über Genosse Jules Guesde setzt sich mit seinen Ausführungen selbst noch in Widerspruch. Während er erst ausführt, daß das Gesetz Chapelier und Code Napoléon schuld daran war, daß eine Gewerkschaftsbewegung in Frankreich sich nicht entwickeln konnte, führte er nachher aus, die politische Freiheit ist es, die die französische Arbeiterbewegung lähmt.

Man geht wohl am sichersten, wenn man aus diesen beiden sich gegenüberstehenden Ausführungen den Schluß zieht, daß keines der beiden Hemmnisse derart eingewirkt hat, daß es allein oder beide zusammen einen dahingehenden Ausschlag gegeben hätte; sondern daß vielmehr der revolutionäre Geist, die revolutionäre Tradition — wie Guesde sie nennt — maßgebend für diese Gestaltung sind, die alle planmäßige, nicht revolutionär aussehende Tätigkeit zurückwiesen.

Dieses so explosiv veranlagte Temperament der Franzosen ist es, das in erster Linie eine ruhige, Geduld beanspruchende, zeitraubende, mühevolle Agitationsarbeit nicht aufkommen ließ, durch die allein nur sichtbare, ausdauernde Fortschritte erzielt werden können. Mag dieser Weg weniger ruhmreich erscheinen, mag er weniger die Begeisterung entflammen, er ist aber im Interesse der Sache der richtigere.

Wenn nun trotz dieser nüchternen Auffassung der deutschen Delegation auf dem Pariser Kongreß 1889 sich die letztere doch zur Annahme des Antrages Lavigne verstand, so dürfte nicht wenig die von der französischen Delegation in die Verhandlungen hineingetragene Stimmung beigetragen haben. Man bedenke, in Deutschland herrschte noch das Sozialistengesetz, die Abhaltung einer Versammlung war mancherorts unmöglich, ein freies Wort konnte monatelange Freiheitsstrafen bringen. In Paris von alledem nichts, ein Volk, das nach Jules Guesde an seiner politischen Freiheit zugrunde geht, wo auch das freieste Wort der ungezügelten Zunge entweichen konnte und wo auch der Bedrückteste aus seinem Herzen keine Mördergrube zu machen brauchte. Und dann ein Kongreß, wo allein 221 französische Delegierte von 391 überhaupt vertreten und wo also die französischen Delegierten schon ihrer Zahl wegen, wenn auch nicht für die Abstimmung, so doch für die allgemeine Stimmung ausschlaggebend waren. Außerdem dürften auch die Teilnehmer der deutschen Delegation sich kaum eine annähernde Vorstellung von der Art der beabsichtigten Manipulation gemacht haben.

---

## Die erste Feier des ersten Mai.

Wie das unter den damaligen Verhältnissen nicht anders zu erwarten war, war die Berichterstattung über die Verhandlung des Pariser Kongresses eine allgemein unbefriedigende. Ein Teil der Teilnehmer konnte überhaupt nicht Bericht erstatten, weil keine Versammlungen abgehalten werden konnten oder aus dem Verbindungsverbot der politischen Vereine oder dem Sozialistengesetz Weiterungen zu befürchten waren, und da, wo Versammlungen stattfinden konnten, konnten die Berichtersteller kaum etwas Definitives über die Feier am 1. Mai selbst sagen, weil der Kongreß diese den einzelnen Nationen überlassen hatte. Im allgemeinen neigten aber die Arbeiter der Ansicht zu, daß diese Manifestation durch Arbeitsruhe begangen werden sollte, und sie trafen auch allenthalben die erforderlichen Vorbereitungen. Um den verschiedentlich zutage getretenen Ansichten eine Richtung zu geben, griff, allerdings eher zu spät als zu früh, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ein, indem sie nach Wiedergabe der Pariser Resolution und des Antrages Lavigne im April 1890 im „Berliner Volksblatt“ (jetzigen „Vorwärts“) folgendes bekanntgab:

Der Kongreß hat also nicht vorgeschrieben, auf welche Weise die Kundgebung des 1. Mai bemerkenswert werden soll. Die Art und Weise der Ausführung ist dem Ermessen der Arbeiter der verschiedenen Länder überlassen worden.

Insbondere ist nicht davon die Rede gewesen, daß am 1. Mai 1890 die Arbeit ruhen solle. Wäre eine derartige Ansicht ausgesprochen worden, so wäre sie auf entschiedenem Widerstand gestoßen, ebenso wie der Vorschlag, einen allgemeinen Streik zu organisieren — welcher Vorschlag von deutscher Seite bekämpft und von dem Kongreß zurückgewiesen wurde.

Der Zweck des Beschlusses war, eine gleichzeitige Kundgebung der Arbeiter aller Länder zu veranlassen, um die Einheitlichkeit der Bestrebungen aller Arbeiter zu klarem Ausdruck zu bringen. In der Einheitlichkeit und Allgemeinheit der Kundgebung liegt ihr Wert. Es muß also alles vermieden werden, was der Kundgebung diesen imposanten Charakter der Einheitlichkeit und Allgemeinheit nehmen könnte.

Ein allgemeines Ruhen der Arbeit läßt sich unter den gegenwärtigen Arbeitsverhältnissen unmöglich bewirken; im wesentlichen dieselben Gründe, die den Kongreß veranlaßten, den allgemeinen Streik zu verwerfen, stellen sich auch dem Plan einer solchen allgemeinen Arbeitsfeier, d. h. dem allgemeinen Ruhenlassen der Arbeit für die Dauer eines bestimmten Tages, entgegen.

Zu diesen Erwägungen kommen noch politische Bedenken; es liegt in der Natur der Dinge, daß die Feinde der Arbeiterfrage in Deutschland jetzt alles aufbieten, um den Arbeitern die Früchte des Sieges vom 20. Februar dieses Jahres zu entreißen. Wer die Presseorgane der Bourgeoisie liest, ersieht aus denselben, daß die Feinde der Arbeiterfrage auf den 1. Mai frohe Hoffnungen setzen. Sie hoffen und wünschen, daß die Kundgebung des 1. Mai zu Konflikten mit der Staatsgewalt führen werden.

Unter solchen Umständen können wir es mit unserem Gewissen nicht vereinigen, den deutschen Arbeitern zu empfehlen, daß sie den 1. Mai zu einem Tag allgemeiner Arbeitsruhe machen.

Ein solcher Beschluß würde nicht durchführbar sein; er würde möglicherweise wirtschaftliche und politische Konflikte von unabsehbarer Tragweite veranlassen und dem Zweck der Manifestation nur Abbruch tun.

Die deutsche Sozialdemokratie hat nicht nötig, Heerschau zu halten nach dem großen Aufmarsch und Sieg des 20. Februar.

Das, worauf es ankommt, und das, was der Pariser Kongreß gewollt hat, ist die allgemeine imposante Kundgebung der Arbeiter zugunsten des Achtstundentags und der nationalen und internationalen Arbeiterschutzesgesetzgebung. Die deutsche Arbeiterschaft soll möglichst in ihrer Gesamtheit den 1. Mai feiern, und dieser Zweck wird voll und ganz erreicht durch Abhalten von Arbeiterversammlungen und ähnlichen Kundgebungen, auf denen Massenbeschlüsse im Sinne des Pariser Kongresses gefaßt werden. Wo immer man eine Arbeitsruhe am 1. Mai ohne Konflikt erwirken kann, möge es geschehen. Ob nun aber das eine oder das andere am 1. Mai geschieht, überall, wo Massenzusammenkünfte stattfinden, empfehlen wir den Leitern dieser Arrangements aufs dringlichste, durch Ausrufen zahlreicher Ordner, die äußerlich kenntlich sind, dafür zu sorgen, daß es zu keinerlei Störungen und unliebsamen Auftritten kommt.

Weiter empfehlen wir unbeschadet der Gestalt, welche die Manifestation annimmt, allüberall die Sammlung von Massenunterschriften für eine Petition, an den Reichstag zu organisieren, in welcher die Verwirklichung der Beschlüsse des Pariser internationalen Arbeiterkongresses gefordert wird. Dieser Petitionssturm soll am 1. Mai beginnen und soll die Sammlung der Unterschriften die nächsten Monate hindurch bis Ende September betrieben werden. Die Petitionsformulare sind vom 22. dieses Monats ab in beliebiger Anzahl unentgeltlich in den Expeditionen der deutschen Arbeiterblätter in Empfang zu nehmen und sind die unterzeichneten Petitionen auch wieder an dieselben abzuliefern.

Endlich muß die Manifestation auch dazu benutzt werden, allüberall neue Arbeiterorganisationen, wo solche noch nicht bestehen, ins Leben zu rufen und die bestehenden Organisationen zu festigen. Ohne Organisation im Kampf kein Sieg.

In jedem Falle rechnen wir in allen diesen Dingen auf die kräftigste Mitwirkung der Arbeiterpresse.

Sind nicht überall Redner vorhanden, welche in den Versammlungen die Beschlüsse begründen können, so werden sich doch überall tüchtige Genossen finden, welche die Resolution, deren Wortlaut wir nachstehend folgen lassen, verlesen und mit angemessenen Erläuterungen versehen können.

Parteigenossen, Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Die Pflichten, welche das Vertrauen unserer Wähler, die Beschlüsse dreier Parteikongresse und der Zwang der Verhältnisse uns auferlegen, sind die Veranlassung, daß wir in dieser Angelegenheit das Wort nehmen, obgleich schon mehrfach Beschlüsse bezüglich der Feier des 1. Mai gefaßt wurden.

Parteigenossen, Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Wir wissen, daß ihr auf der Höhe eurer Aufgaben steht. Ihr werdet auch am 1. Mai die besonnenen Haltung bewahren, der wir den Sieg des 20. Februar verdanken.

Wir wissen, ihr seid euch der Bedeutung des Moments voll bewußt, und ihr werdet, durch Massenteilnahme an der Manifestation des internationalen Arbeitermattags, des Vertrauens, mit welchem die Arbeiter der Welt auf die Sieger des 20. Februar blicken, euch würdig zeigen.

Halle a. S., den 13. April 1890.

Die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstags:

Auer. Bebel. Birk. Bloß. Bruhns. Diez. Dreesbach. Förster. Frohme. Geyer. Grillenberger. Harm. Heine. Hiesel. Joest. Liebknecht. Meister. Metzger. Mollenhuth. Schippel. Schmidt (Frankfurt). Schmidt (Mittweida). Schulze. Schumacher. Schwarz. Seifert. Singer. Stadthagen. Stolle. Tübauer. Ulrich. Bollmar. Wurm.

Mit diesem Aufruf versandte die Fraktion auch die für die Mai-  
versammlungen bestimmte Resolution folgenden Wortlautes:

### Resolution.

Die am 1. Mai d. J. in . . . . tagende, von ungefähr . . . . Personen  
besuchte Versammlung erklärt im Einverständnis mit den Beschlüssen des  
Pariser Arbeiterkongresses, auf welchem die deutsche Arbeiterschaft durch fast  
hundert Delegierte vertreten war, daß die Forderung eines gesetzlich fest-  
zustellenden Normalarbeitstages, der in den wirtschaftlich entwickelten Län-  
dern schon jetzt, unter Wahrung aller berechtigten Interessen der Industrie,  
auf acht Stunden bemessen werden kann, sowie die übrigen von dem Pariser  
Kongreß formulierten Forderungen des nationalen oder internationalen Ar-  
beiterschutzes — eine Lebensfrage für das arbeitende Volk sind, — und sie  
wenden sich an die Gesetzgebung mit dem Verlangen, diesen Forderungen  
gerecht zu werden. Das Bureau der Versammlung wird beauftragt, die so-  
eben beschlossene Resolution, unter Beifügung der einschlägigen Beschlüsse  
des Pariser Kongresses, zur Kenntnis des Deutschen Reichstages zu bringen.

Diese Beschlüsse des Kongresses lauten:

„In Erwägung, daß die kapitalistische Produktion in rascher Entwicklung  
nach und nach die ganze Welt erfasst; in Erwägung, daß die kapitalistische  
Produktionsweise die steigende Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die herr-  
schende Klasse bedeutet,

daß die immer intensivere Ausbeutung die soziale und politische Unter-  
drückung und Verflavung der Arbeiterklasse zur Folge hat, zu ihrer phy-  
sischen und moralischen Degeneration führt, daß es deshalb Pflicht und  
Aufgabe der Arbeiterklasse aller Länder ist, diese sie ruinierende und die  
freie Entwicklung der Menschheit bedrohende Gesellschaftsorganisation mit  
allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen,

daß es sich aber in erster Linie darum handelt, der weiteren verheerenden  
Wirkung der herrschenden Wirtschaftsordnung entgegenzuarbeiten,

beschließt der Kongreß:

I. Schaffung einer wirkamen Arbeiterschutzes-Gesetzgebung für alle  
Länder mit moderner Produktion ist eine unabweisbare Notwendigkeit.

Als Grundlage derselben betrachtet der Kongreß:

- a) den achtkündigen Normalarbeitstag;
- b) Verbot der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren und Beschränkung  
der Arbeit aller Minderjährigen von 14 bis 18 Jahren auf 6 Stunden  
pro Tag;
- c) Verbot der Nachtarbeit mit Ausnahme für jene Betriebe, welche ihrer  
Natur nach ununterbrochenen Betrieb erfordern;
- d) Ausschluß der Frauenarbeit in allen den weiblichen Organismus be-  
sonders schädlichen Betrieben;
- e) Verbot der Nachtarbeit für Frauen und für männliche Arbeiter unter  
18 Jahren;
- f) eine mindest 36 Stunden hintereinander umfassende Ruhezeit pro  
Woche;
- g) Verbot solcher Industrien und solcher Arbeitsmethoden, welche der  
Gesundheit der Arbeiter besonders schädlich sind;
- h) Aufhebung des Trucksystems;
- i) eine alle industrielle Betriebe, einschließlich der Hausindustrie, um-  
fassende Inspektion durch staatlich besoldete Inspektoren, welche min-  
destens zur Hälfte von den Arbeitern selbst zu wählen sind.

II. Der Kongreß erklärt es für notwendig, alle diese Maßregeln  
durch Gesetze bzw. durch internationale Verträge zu sichern, und fordert  
die Arbeiterklasse aller Länder auf, in der ihnen am geeignetst er-  
scheinenden Weise für die Verwirklichung dieser Forderungen einzutreten  
und ihre Durchführung zu überwachen.

Handwritten text at the bottom right of the page, including the word "Kongress" and other illegible markings.

III. Außerdem erklärt der Kongreß: Es ist Pflicht aller Arbeiter, die Arbeiterinnen als gleichberechtigte Mitkämpferinnen anzusehen und dem Grundsatz: gleicher Lohn für gleiche Leistungen — auch in bezug auf die Arbeiterinnen zur Geltung zu verhelfen. Als ein wesentlich zum Ziel führendes Mittel hierfür, wie für die Verwirklichung der Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterklasse überhaupt, erachtet der Kongreß die Organisation der Arbeiterklasse und fordert demnach volle Koalitions- und Vereinigungsfreiheit.“

Wie gesagt, kam dieser Aufruf eher zu spät als zu früh. Die Arbeiter hatten sich schon vielfach für die Arbeitsruhe am 1. Mai festgelegt, und auch die Arbeitgeber hatten ihre Gegenmaßnahmen getroffen.

An der Spitze der Unternehmer, die gegen die Maifeier rüsteten, standen die Metallindustriellen. Einer der stärksten Vereine der Unternehmer, der „Verein der Metallindustriellen der Provinz Hannover und der angrenzenden Gebiete“, versandte am 26. April 1890 ein Zirkular, in dem die Gründung des Verbandes deutscher Metallindustrieller angezeigt wurde und das zur Maifeier folgende Stellung nahm:

Bekanntmachung bezüglich der von den Arbeitern geplanten 1. Mai-Feier.

Der Vorstand hat seine Tätigkeit damit begonnen, daß er der Frage der Feier des 1. Mai nähergetreten ist, und an sämtliche Verbandsmitglieder gesandten Fragebogen zur Kenntnis gebracht. (Es folgen nun Vorschläge, wie die Vereinsmitglieder gegen die Maifeier in ihren Etablissements vorgehen sollen.)

Der Vorstand ist in der erfreulichen Lage, Ihnen mitteilen zu können, daß neben der Privatindustrie auch die Staatsbehörden in ähnlicher Weise vorgehen und daß beispielsweise die hiesige Eisenbahndirektion in den nächsten Tagen eine Bekanntmachung in ihren Werkstätten anhängen wird, wonach jeder Arbeiter, der unentschuldigt am 1. Mai feiert oder die Arbeit vorzeitig aufgibt, aus den Staatswerkstätten entlassen wird. Es ist die größte Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß die hiesigen städtischen Behörden und der hiesige Fabrikanten-Verein, sowie die freie Vereinigung der Industriellen Hannover-Lindens eine ähnliche Bekanntmachung erlassen werden.

Hiernach beschränkten sich die Metallindustriellen nicht nur auf die Privatindustrie, sondern suchten auch städtische wie staatliche Behörden in den Bannkreis ihrer Wünsche einzubeziehen. Die Behörden erwiesen sich auch in dieser Beziehung als durchaus willfährig, wie die nachfolgenden Antworten erkennen lassen.

Der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten schrieb:

Berlin, den 30. April 1890.

Im Auftrage Sr. Excellenz des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten beehren wir uns, Ihnen auf die an denselben gerichtete Eingabe vom 26. cr. ergebenst mitzuteilen, daß wir den Mitgliedern des Vereins Berliner Eisengießereien und Maschinenfabriken und verwandten Betriebe, wie solche in dem der bezeichneten Eingabe beigelegten Plakate aufgeführt sind, die Namen der am 1. Mai vorschriftswidrig feiernden deshalb entlassenen hiesigen Arbeiter der Staats-Eisenbahn-Verwaltung, sowohl der uns, als auch der übrigen königlichen Eisenbahn-Direktionen der hier einmündenden Bahnen unterstellten, alsbald bekannt gegeben werden.

Seitens der Staats-Eisenbahn-Verwaltung werden entsprechend dem dortseits vereinbarten Verfahren die wegen vorschriftswidriger Feier des 1. Mai von den Mitgliedern des Vereins entlassenen Arbeiter vor dem 9. Mai nicht zur Arbeit genommen.

Damit die Listen dieser Arbeiter von den Vereinsmitgliedern unmittelbar den in Betracht kommenden Dienststellenvorständen der Staats-Eisenbahn-Verwaltung mitgeteilt werden können, fügen wir eine Nachweisung derselben in 46 Exemplaren zur Verteilung an die Vereinsmitglieder ergebenst bei.

gez. Störte.

In gleicher Weise sympathisierte das Kriegsministerium, indem es schrieb:

Berlin, den 3. Mai 1890.

Für die gefällige Mitteilung der Beschlüsse des Vereins Berliner Eisen-gießereien und Maschinenfabriken zc., betreffend Maßnahmen gegen die von Arbeitern sozialdemokratischer Richtung angeforderte Feier des 1. Mai, durch Ihr gefälliges Schreiben vom 25. v. M. danke ich Ihnen hiermit verbindlichst.

Zu dem Inhalt desselben bemerke ich folgendes:

Die seitens der Militärverwaltung den Direktoren der technischen Institute, der Artillerie zc. aus der vorgebadchten Veranlassung gegebenen Befehle stimmen im allgemeinen mit den vom Verein gefaßten Beschlüssen überein, nur ist eine Zeitgrenze, innerhalb welcher ein wegen Beteiligung an der Feier des 1. Mai entlassener Arbeiter bei den königlichen Instituten wieder eingestellt werden darf, nicht festgesetzt worden.

Der sofortige Aushang der bezüglichen Befehle in den militärischen Fabriken und Werkstätten ist bereits am 25. v. M. angeordnet worden.

Ihrem Wunsche, die gegenseitige Mitteilungsverbindlichkeit zwischen den königlichen Instituten und den Privatfabriken auf alle königlichen Institute auszudehnen, ist bereits durch Erlaß vom 17. v. M. entsprochen. Die Direktionen sämtlicher militärischer Fabriken sind angewiesen worden, denjenigen Privatfabriken, welche für sich mit der Herstellung von Fabrikaten zc. beauftragt sind, nach vorhergegangener Vereinbarung eine Liste derjenigen Arbeiter aller Institute zu übersenden, welche aus Anlaß der Feier des 1. Mai entlassen worden sind, uns umgekehrt die ihnen seitens der Privatfabriken zugehenden gleichartigen Verzeichnisse sämtlicher Institute zur Kenntnis mitzuteilen, damit die entlassenen Arbeiter in keiner der militärischen Fabriken wieder eingestellt werden.

Die Direktoren der Fabriken sind seit jeher angewiesen, alle sozialdemokratischen Elemente von ihren Arbeitern fernzuhalten, und unterstützen demgemäß jede Bestrebung, welche diese Absicht zu fördern geeignet ist.

Der Verein kann daher einer Unterstützung seiner beabsichtigten weiteren Maßnahmen, um in Zukunft sozialdemokratische Arbeiter von der vaterländischen Arbeit auszuschließen, durch mich gewiß sein.

Die mir in Aussicht gestellte fernere Mitteilung aller Beschlüsse und Maßnahmen des Vereins in dieser Richtung werde ich gern entgegennehmen und in jedem einzelnen Falle erwägen, inwieweit dieselben auf die eigenartigen Verhältnisse der Militärfabriken anwendbar sind, und demgemäß ein Hand-in-Hand-gehen der mir unterstellten Fabriken mit den Privatfabriken, soweit dies angänglich ist, veranlassen.

Der Kriegsminister.

gez.: v. Verdy.

An die Berliner Maschinenbau-Aktiengesellschaft  
vorm. L. Schwarzkopf.

Aber auch in den Betrieben der Hamburger, Braunschweiger und Berliner Metallindustriellen wurde emsig dahin gearbeitet, die als Agitatoren bekannten Arbeiter zu beobachten und die Vorarbeiten für die schwarzen Listen zu treffen. Die so versandten Verhaltensmaßregeln

wurden befolgt, und einige Tage vor dem 1. Mai prangten in den Betrieben rote Plakate folgenden Inhalts:

1. Am 1. Mai 1890 wird in sämtlichen Vereins-Werkstätten bis zum Schluß der regelmäßigen Arbeitszeit gearbeitet.

2. Wer dem nicht nachkommt, wird entlassen und darf vor dem 9. Mai cr. in keiner Vereinswerkstatt wieder Aufnahme finden.

3. Es wird eine Liste der am 1. Mai cr. in den Vereinswerkstätten Feiernden sämtlichen Mitgliedern des Vereins zugestellt.

Der Anschlag dieser Plakate konnte die Arbeitsruhe nicht abschwächen, sondern er goß nur Öl ins Feuer. Der 1. Mai wurde gefeiert und die Leute ausgesperrt.

Die Former in Berlin ließen sich dies nicht gefallen, und stellten Gegenforderungen auf. Dieselben lauteten:

1. Neunstündige Arbeitszeit;

2. 27 Mark Minimallohn für Former und Metallgießer, 21 Mark für Hilfsarbeiter, eventuell 15% Lohnaufschlag;

3. wöchentliche Lohnzahlung.

Diese Forderungen der Arbeiter zeitigten noch schärfere Maßnahmen seitens der Unternehmer. Sie beschloßen in einer Versammlung am 7. Mai, jeden um Arbeit anfragenden Former einen Revers zur Unterschrift vorzulegen, der folgenden Wortlaut hatte:

Ich verpflichte mich durch meine Namensunterschrift, damit wieder Ruhe und Frieden in die Werkstätten einkehrt:

1. keinen der Mitarbeiter, die während der letzten Zeit gearbeitet, durch Wort oder Tat zu beleidigen, und mich nicht zu weigern, mit demselben weiter zu arbeiten;

2. mit der bisherigen Arbeitszeit und dem bestehenden Arbeits- und Akkordsystem auch fernerhin einverstanden zu sein;

3. Geldsammlungen zu irgendeinem Zweck ohne Genehmigung des Arbeitgebers in keiner Weise vorzunehmen und mich auch nicht an solchen zu beteiligen.

Damit die Herren Arbeitgeber aber sicher waren, daß dieser Revers auch den Arbeitern vorgelegt wird, verpflichteten sie sich gegenseitig, nur unter diesen Formalitäten Arbeiter einzustellen, durch folgenden Beschluß:

1. Vom 9. Mai cr. ab in ihren Gießereien nur Leute einzustellen, die den vereinbarten Revers unterschrieben haben;

2. unter keinen Umständen einer geringeren als zehnstündigen Arbeitszeit zustimmen, falls nicht in ihrem Werte eine kürzere Arbeitszeit bestehen sollte;

3. unter keinen Umständen in Abschaffung des Akkordsystems einzuwilligen;

4. Die Unterzeichneten erkennen, daß alle Arbeiter, die den Revers zu unterschreiben sich weigern, also die Arbeit am 9. Mai nicht aufnehmen, sich im regulären Streik befinden; es sind demnach diese Leute nach den Streikparagrafen der Satzungen zu behandeln;

5. Die Unterzeichneten verpflichten sich, denjenigen Arbeitern gegenüber, welche den Revers unterschreiben wollen, aber von den Arbeitgebern zwar nicht als Führer der Agitation bezeichnet sind, wohl aber wegen Agitationen nicht angenommen werden, folgendes gleiche Verfahren vorzuschlagen: es sollen die Namen dieser in einer besonderen Liste auf blauem Papier zusammengestellt, den Mitgliedern bekannt gegeben werden; diese sind nicht als

Streifende zu betrachten, bleiben aber bis zum 31. Mai cr. bei unseren Vereingenosfen gesperrt und können von dann ab von jedem, der darnach verlangt, zur Arbeit angenommen werden.

Nach einer langen Diskussion wurde dann noch der Zusatzantrag angenommen:

Die Generalversammlung empfiehlt, obige Beschlüsse auf sämtliche einzustellende Arbeiter auszudehnen.

In ähnlicher Weise gingen die Eisen- und Metallindustriellen in Hamburg und Altona vor. Die Arbeiter sollten sich dort verpflichten, aus ihren Fachvereinen auszutreten, andernfalls sie vorerst ausgesperrt blieben.

Bereits einige Tage nach der Maifeier ging durch die Partei- und Gewerkschaftspresse die Notiz:

In Hamburg und Berlin sind aus Anlaß des 1. Mai bedeutende Aussperrungen und Streiks von Metallarbeitern aller Branchen erfolgt, weshalb der Zuzug streng fernzuhalten ist!

Weiter wurde mitgeteilt, daß die Zahl der Aussperrten in Hamburg allein 2500 betrug.

Zur Begegnung der Maßnahmen der Unternehmer und zur Aufbringung der Kosten der Aussperrungen und der damit verbundenen Streiks beschästigte sich der am 26. Mai desselben Jahres in Weimar tagende allgemeine Metallarbeiterkongreß mit der Unterstützungsfrage und kam zu dem Beschluß, alle Lohnbewegungen zurückzustellen, bis diese Aussperrungen vorüber wären.

Bei der Eröffnung der Sitzung am vierten Tage des Kongresses wurde vor Eintritt in die Tagesordnung die Aussperrung der Schlosser und Metallarbeiter in Hamburg berichtet und folgender Beschluß gefaßt:

1. die Hamburger Schlosser und Metallarbeiter aufzufordern, sich den Forderungen der Eisenindustriellen, aus dem Fachverein auszutreten, nicht zu unterwerfen;

2. die deutschen Metallarbeiter aufzufordern, den Zuzug von Schlossern sowie aller übrigen Metallarbeiter nach Hamburg fernzuhalten;

3. die Metallarbeiter Deutschlands aufzufordern, solange die Aussperrung in Hamburg dauert, keine Lohnforderungen zu stellen.

4. Die Delegierten haben sofort den Sachverhalt nach ihren Wohnorten zu berichten und zu veranlassen, daß im Laufe der nächsten Woche, wenn möglich am Mittwoch, in ganz Deutschland öffentliche Metallarbeiterversammlungen abgehalten werden, worin das Vorgehen der Hamburger Unternehmer und das Verhalten der deutschen Metallarbeiter hierzu erörtert werden soll.

Endlich fordert der Kongreß 5. die deutschen Metallarbeiter zur kräftigsten und nachhaltigsten finanziellen Unterstützung auf.

In der Partei- und Gewerkschaftspresse konnte man nach dem 2. Juni folgenden Aufruf lesen:

**Metallarbeiter! Achtung!**

Der allgemeine Metallarbeiter-Kongreß in Weimar hat, in Rücksicht auf das frevelhafte Vorgehen des Unternehmertums in Hamburg, einstimmig beschlossen, daß seitens der Metallarbeiter nirgends eine Arbeitssein-

stellung erfolgen darf, bevor nicht die Differenzen in Hamburg erledigt sind.

Pflicht aller Metallarbeiter ist es, diesen Beschluß hochzuhalten, damit alle Kräfte auf einen Punkt konzentriert werden können. Gleichzeitig wollen die Genossen allerorts dafür Sorge tragen, daß Hamburg von Metallarbeitern gemieden und den Ausgesperrten jede Hilfe zuteil wird.

Fürth, den 2. Juni 1890.

Martin Segis  
Vertrauensmann der Metallarbeiter  
Königsstraße 79.

Nun blühte der Weizen der Unternehmer. Die leeren Kassen der damaligen kleinen Gewerkschaften waren auf das äußerste geschwächt, die Geschäftskonjunktur eine traurige und mithin die beste Gelegenheit geboten, Auswahl unter den Arbeitern zu halten. Die schwarzen Listen strotzten vor Namen der Maidemonstranten und den bekannteren sog. „wülsten Agitatoren“, und der Austausch dieser Listen zwischen der Privatindustrie und Militär- und Staatswerkstätten wurde auf das „gewissenhafteste“ vollzogen.

Als „vertraulich“ wurden diese im Druck vervielfältigten „Verbrecherlisten“ in die Welt gesandt und ihnen Begleitzirkulare folgenden Wortlauts angefügt:

Vertraulich!

Berlin, den 14. Mai 1890.

P. P.

Uns geht soeben „vertraulich“ eine Liste der Eisenbahnarbeiter zu, die in Berlin und Umgegend wegen der Agitation am 1. Mai entlassen worden sind. Wir lassen dieselbe hier folgen und nehmen an, daß eine Aufnahme dieser Arbeiter in unseren Vereinswerkstätten nicht stattfinden wird.

Verein Berliner Eisengießereien und Maschinenbau-Fabriken.  
Die Vertrauenskommission.

Hiermit ist also der Beweis erbracht, daß es nicht nur bei den platonischen Versicherungen des Eisenbahnministeriums und der einzelnen Direktionen verblieb, sondern daß der Austausch der schwarzen Listen eifrig betrieben wurde.

Es können Beweise dafür erbracht werden, daß an die Königl. Eisenbahn-Direktion Erfurt, die Königl. Eisenbahn-Hauptwerkstätten Braunschweig, die Königl. Haupt- und Nebeneisenbahnwerkstätten Magdeburgs, Eisenbahn-Hauptwerkstatt Stendal, Eisenbahn-Nebenwerkstatt Halle a. S., Eisenbahn-Hauptwerkstatt Potsdam, Eisenbahn-Hauptwerkstatt Berlin und Eisenbahn-Hauptwerkstatt Halberstadt und Budau gleichlautende Aufforderungen auf Solidaritätserklärung seitens der Privatmetallindustriellen ergangen sind, und daß die benannten Institute mit dieser Hand in Hand gingen, wie dies in dem Schreiben des Kriegsministeriums so schön ausgedrückt war. Diese Verfolgung der Arbeiter erstreckte sich nicht nur auf einige Wochen nach dem 1. Mai, sondern das ganze Jahr hindurch, und es sind Fälle nachweisbar, wo einzelne Leute jahrelang auf der schwarzen Liste standen, nur weil sie den 1. Mai feierten und für dessen Feier Propaganda machten.

In einigen Ausnahmefällen, wo sich nachher herausstellte, daß Mindererschuldige auf der schwarzen Liste waren, oder wo die einzelnen Leute notwendig gebraucht wurden, trat man durch Zirkular in Verbindung und gab diese Leute frei. Aber auch diese wurden dann streng im Auge behalten, und beim geringsten „Rückfall“ kamen sie wieder auf die schwarzen Listen.

Daß es sich bei diesen Maßregeln nicht um einzelne Personen handelte, sondern daß diese schwarzen Listen en gros angefertigt und die Sache en gros behandelt wurde, das beweist ein „Amnestieerlaß“, der sich auf 118 Gemahregelte erstreckte und im November 1890 versandt wurde. Dieser Amnestieerlaß richtete sich an die Königl. Eisenbahndirektion Bromberg unterm 27. November 1890 und in gleichem Wortlaut nach Erfurt, Berlin und Magdeburg und hatte folgenden Wortlaut:

An die Königliche Eisenbahn-Direktion Bromberg.

Mit Gegenwärtigem beehren wir uns die höfliche Mitteilung zu machen, daß unsere letzte Generalversammlung beschlossen hat, insofern eine Amnestie für gewisse Arbeiter eintreten zu lassen, als wir denen unsere Werkstätten wieder öffnen, die teils Abbitte getan, teils nur als Verführte sich erwiesen haben. — Wir haben eine genaue Prüfung der Agitatorenliste vorgenommen, über jeden einzelnen der Ausgesperrten genaue Untersuchung und Klarlegung angestellt und schließlich 118 amnestiert und nur 50 der Hauptunruhestifter als gesperrt belassen. Gründe verschiedener Art haben uns außerdem bestimmt, eine neue Liste nicht mehr zu drucken, vielmehr die Kontrolle einzig und allein durch unsere Arbeitsnachweisstelle zu üben und demgemäß auch alle bestehenden Listen für aufgehoben zu erklären.

Indem wir uns hiermit beehren, der geehrten Direktion hierbon Mitteilung zu machen, ersuchen wir gleichzeitig, von Aufhebung aller Listen den unterstellten Behörden Kenntnis geben und diesen anheimstellen zu wollen, über einzelne Arbeiter bei uns Nachfrage zu halten, auch erklären wir uns mit Vergnügen bereit, auf unserer Geschäftsstelle Nr. 4, Gartenstraße 160, Einsicht in die Liste der noch Gesperrten zu geben, wie wir nach jeder Richtung uns bemühen wollen, die Interessen der geehrten Direktion auf Erhaltung zuverlässiger und tüchtiger Arbeiter zu unterstützen und zu fördern.

Wir hoffen auf Würdigung unseres Vorgehens und empfehlen uns mit besonderer Hochachtung zc.

Frik Kühnemann.

Die Metallindustriellen ließen es hierbei aber nicht bewenden, sondern sie hatten sich rechtzeitig der Unterstützung der Polizeiorgane durch Vorstellung vorm Polizeipräsidium versichert, für den Fall es notwendig wäre. Diese Unterstützung nahm der Metallindustriellenverband aber nicht ohne Entgelt an, sondern überwies der Polizei, wie aus einem Zirkular der Vertrauenskommission des Verbandes Berliner Metallindustrieller vom 24. Juli 1890 hervorgeht, Mk. 3000 als Extragratifikation. Im besagten Rundschreiben heißt es wörtlich:

Wir müssen nun zum Schluß noch den Geldpunkt einer Erörterung bezw. Klarstellung unterziehen. — Durch einstimmigen Beschluß unserer Generalversammlung veranlaßt, hat die Vertrauenskommission dem Königl. Polizei-Präsidium hier selbst 3000 Mark überwiesen mit der Bitte, diese Summe denjenigen Beamten zuzuführen, die aus Anlaß des 1. Mai über Gebühr an=

gestrengt werden mußten und deren tatkräftiger Unterstützung wir wesentliche Dienste verdanken.

Worin diese „wesentlichen Dienste“ und die „Anstrengung über Gebühr“ bestanden haben, ist allerdings nicht angegeben.

Das Polizeipräsidium quittierte den Empfang dieser Summe und berichtet über die Art der Verteilung an die „über Gebühr“ angestregten Beamten in nachfolgendem Schreiben:

Berlin, den 12. Juli 1890.

Indem Ew. Hochwohlgeboren ich den Empfang der mittels gefälligen Schreibens vom 22. Mai über sandten 3000 Mark hierdurch amtlich bestätigte, verfehle ich nicht, Ew. Hochwohlgeboren und dem Vorstande des Vereins der Berliner Eisengießereien zc. zugleich im Namen der beteiligten Beamten meinen verbindlichsten Dank mit dem ergebensten Bemerkern auszusprechen, daß die über sandte Summe in der Weise verteilt worden ist, daß für jede der 83 Fabriken eine Durchschnittssumme von 36.14 Mk. bestimmt und in jedem Revier, je nach der Anzahl der in demselben vorhandenen Fabriken, eine entsprechende Summe an die daselbst stationierten Beamten verteilt worden ist.

Auf die in Charlottenburg stationierten Beamten ist demnach bei 6 dort bestehenden Fabriken die Summe von 216.84 Mk. entfallen.

Der Polizeipräsident  
v. Nitzthofen.

An den königl. Kommerzienrat Herrn Frits Kühnemann, Hochwohlgeb.  
Hier.

Eine Kritik dieser Dinge kann hier wohl unterbleiben, denn die Ausführung dieser Tatsachen soll nur zeigen, welcher Widerstand sich der Maibewegung gegenüberstellte und warum dieselbe so bedeutende Opfer forderte.

## Die Maifeier auf dem Parteitag in Halle.

Den Mißerfolg, den der ungünstige Verlauf der Maifeier für die damalige Gewerkschaftsbewegung bedeutete, war wohl durch den Jubel über den Wahlsieg vom 21. Februar 1890, wo die sozialdemokratische Partei mit 1 427 000 Stimmen abschnitt, einigermaßen gemildert worden, nicht aber dadurch in Vergessenheit geraten. Das zeigte sich auf dem im Oktober 1890 in Halle a. S. abgehaltenen Parteitag. Auf der Tagesordnung war kein Punkt „Maifeier“ vorgesehen, auch erwähnte der Hauptredner der Fraktion, Bebel, in dem Bericht der damals die Parteileitung darstellenden Reichstagsfraktion mit keinem Wort die Maifeier, nichtsdestoweniger wurde die Frage doch angeschnitten durch Anfragen und Vorwürfe aus der Mitte des Parteitages. Man tabelte das so späte Erscheinen des Aufrufes, der die Einheitlichkeit der Veranstaltungen gestört und die Unternehmener in ihrem Widerstand gestärkt habe. Bebel erklärte, deswegen nicht auf die Maifeier eingegangen zu sein, weil er wußte, daß die Sache doch angeschnitten werden würde. Singer gab zwar zu, daß ein früheres Eingreifen der Fraktion besser gewesen wäre, er bestritt aber, daß die Parteigenossen den Sinn der Pariser Resolution nicht gekannt haben sollten. Er führte hierzu wörtlich aus:

Unmittelbar nach Schluß des Pariser Kongresses war im Berliner Volksblatt die Resolution abgedruckt, und darin stand kein Wort, daß die Manifestation am 1. Mai geführt werden soll durch allgemeines Ruhenlassen der Arbeit. Diese Interpretation haben erst die Versammlungen hineingelegt, und der Vorwurf, daß die Fraktion zu spät gekommen, wird sehr gemildert, wenn man sich in die damaligen Verhältnisse zurückversetzt. Es war unmittelbar vor den Wahlen. Die ganze Kraft der Partei war in Anspruch genommen durch die Wahlagitation.

Werner=Berlin führte aus:

Was den 1. Mai anbetrifft, so wird Singer zugeben müssen, daß die Beschlüsse in Paris wirklich nicht derartige waren, daß sie vorher konnten überlegt werden. Es war dort beantragt worden, daß sämtliche Vträge und Resolutionen vom Bureau zu einer einheitlichen Resolution zusammengefaßt werden sollten. Kein einziger Redner hatte davon gesprochen, den 1. Mai als internationalen Feiertag zu betrachten. Erst in der letzten Sitzung, am Sonnabend, wurde eine große, lange Resolution verlesen, wo man den ersten Punkt vergaß, bis der dritte verlesen war. Nachdem diese Resolution verlesen war, wurde gesagt, erst wird abgestimmt, und nachher diskutiert. Der Kongreß muß heute Abend geschlossen werden. Nun waren aber sämtliche Delegierte, mit Ausnahme des Bureaus, über jenen Punkt nicht richtig informiert. Es wurde nicht einmal nachgesehen, auf welchen Tag der 1. Mai fällt. Auf Anfrage hieß es schließlich, er fällt nach dem Bußtag. Darauf kommen die deutschen Delegierten und setzen eine Propaganda in Szene. Verschiedene Versammlungen großer Städte beschloßen eine Demonstration. Von Anfang August (1889) bis zum Februar (1890) war doch wahrlich eine lange Zeit, in der die Fraktion aufklärend wirken konnte.

Bebel trat dieser letzten Ausführung entgegen. Nicht erst am 20. April, sondern am 6. April sei die Fraktion in Halle zusammengekommen, und schon im März sei im „Volksblatt“ eine Erklärung von ihm erschienen, die sich gegen einen Aufruf der Berliner wandte, der der gesamten Partei die Direktive betr. der Maidemonstration vorschreiben wollte.

Redner schildert dann die Ursachen der Niederlage und ist der Ansicht, daß man angesichts der ökonomischen Krise unmöglich auf einem solchen Beschluß länger verharren könne, der zahllose Freunde in die übelste Lage brächte. Er fügte wörtlich hinzu:

Sicher wollen wir alles aufbieten, um den Beschluß dahin zu formulieren, nicht den 1. Mai, sondern den ersten Sonntag im Mai als Demonstrationstag zu setzen, wenn der internationale Kongreß sich im nächsten Jahre mit der Frage wieder beschäftigt.

Es wurde dann auf Vorschlag Bebels folgende Erklärung angenommen:

Die Motive, welche die Fraktion veranlaßte, den bekannten Aufruf für die Demonstration zu erlassen, fanden in der allgemeinen ökonomischen und politischen Lage ihre Rechtfertigung.

Auf diesem Parteitag wurde auch von vier Berliner Genossen ein Antrag eingebracht, der die Feier des 1. Mai stets auf den ersten Sonntag im Mai verlegt haben wollte. Dieser wurde aber zugunsten eines Antrags Liebknecht zurückgezogen, der ebenfalls die Feier am ersten Sonntag im Mai zuließ und folgendermaßen lautete:

Der 1. Mai ist dauernd ein Feiertag der Arbeiter, der, entsprechend dem Beschluß des internationalen Pariser Arbeiterkongresses den Einrichtungen und Verhältnissen des Landes gemäß zu begehren ist. Wenn sich der Arbeitsruhe an diesem Tage Hindernisse in den Weg stellen, so haben die Umzüge, Feste und Feiern usw. am ersten Sonntag im Mai stattzufinden.

Liebknacht begründete seinen Antrag folgendermaßen:

Den Antrag, die Feier des 1. Mai allgemein auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen, wie das in England, teils weil dort die großen Arbeitermeetings seit Jahrzehnten am Sonntag stattfinden, teils zur Vermeidung von Konflikten gechehen ist, kann ich nicht empfehlen. Ich glaube nicht, daß wir in Deutschland diese Konzession machen können. Der 1. Mai ist nicht bloß durch Beschluß des Pariser Kongresses ein historischer Tag, sondern er ist schon seit Jahrtausenden ein Volksfeiertag der germanischen, gallischen, zum Teil auch der lateinischen Völker. Im größten Teil Deutschlands, in ganz England, Italien, Frankreich und der Schweiz wird der 1. Mai noch heute mehr oder weniger festlich begangen als Tag der Wiederauferstehung der Natur. Die Amerikaner, welche den 1. Mai als Feiertag der Arbeit proklamierten, haben dabei allerdings im Auge gehabt, daß es der Partei, welche die Wiedererweckung der Menschheit aus tausendjährigem Elend, aus dem geistigen Tode und aus der Knechtschaft bewerkstelligen wird, vor allem zukommt, das Frühlingsfest feierlich zu begehen und in einem Fest die Auferstehung der Natur und der Menschheit zu feiern. Am 1. Mai müssen wir also unter allen Umständen festhalten. Andererseits wollen wir aber auch nicht unnütze Konflikte herbeiführen; darum geht mein Antrag weiter dahin, den 1. Mai in jedem Falle zu feiern, und zwar in würdigster Weise, durch Versammlungen, Vorträge, Feste und, wo es möglich ist, ohne Konflikte oder sonstige Unannehmlichkeiten oder Nachteile für die Bewegung selbst, auch durch Ruhenlassen der Arbeit, Umzüge usw. Wo dieser letzteren Art der Feier sich aber Hindernisse entgegenstellen, da soll am 1. Mai von solchen Kundgebungen abgesehen werden, sollen nach der 1. Mai-Feier, nicht mit Ausschließung derselben am ersten Sonntag im Mai die großen Kundgebungen, Umzüge und dergleichen stattfinden.

Liebknacht betonte also damals ausdrücklich, daß man wohl am 1. Mai festhalten soll, d. h. an diesem Tage durch Versammlungen die Feier begehen kann, aber von einer Arbeitsruhe überall dort Abstand genommen werden soll, wo Unannehmlichkeiten und Nachteile für die Bewegung entstehen könnten. Dort soll auch die Feier des 1. Mai am Sonntag nach dem 1. Mai stattfinden können.

Darauf aufmerksam gemacht, daß gerade der Gegenantrag der Berliner Genossen diese Konflikte vermeiden wolle, indem er die Maifeier auf den Sonntag verlegt wissen will, und daß die Abschätzung der Möglichkeit, wo der Mai durch Arbeitsruhe ohne Gefahr gefeiert werden kann und wo nicht, nicht so einfach sei und sehr leicht zu Konflikten führen könnte, erwiderte Liebknacht:

Ich bin darauf aufmerksam gemacht worden, daß der Gegenantrag Konflikte eben vermeiden will, während der meinige vielleicht zu Konflikten, ähnlich wie sie in diesem Jahre gewesen sind, führen möchte. Diese Ansicht ist vollkommen hinfällig. In diesem Jahre waren wir durch die Wahlen derart in Anspruch genommen, daß rechtzeitig ein anderer Ratsschlag nicht möglich war. Das aber wird künftig nicht geschehen. Wir haben nicht jedes Jahr Wahl, und dann haben wir doch diesmal praktische Erfahrungen gemacht; diese Befürchtung ist also grundlos.

Aus diesen Ausführungen Liebknachts ging hervor, daß die Partei die Sache der Maifeier in der Hand behalten wolle und ein wach-

James Auge darauf gerichtet werden sollte, daß derartige Vorkommnisse, wie sie bei der ersten Maiseier passierten, ferngehalten würden. Wenn anders, konnte Liebknecht in seinem Schlußwort für seinen Antrag kaum darauf hinweisen, daß man praktische Erfahrungen gesammelt hatte und diese zweckmäßig im Interesse der Bewegung verwandt werden sollten. Das hieß also, daß man derartigen Konflikten, die zu solchen Niederlagen führen könnten, zukünftig aus dem Wege gehen will.

## Der Parteivorstand und die Maiseier 1891.

Daß es mit diesen Versicherungen sehr ernst gemeint war, beweist ein Aufruf des Parteivorstandes am 4. Februar 1891, worin den deutschen Arbeitern empfohlen wurde, die diesjährige Maiseier am ersten Sonntag im Mai zu begehen. Dieser Aufruf lautete:

### Parteigenossen!

In Ausführung des auf dem Parteitag zu Halle gefaßten Beschlusses, und in Rücksicht auf die Notwendigkeit, die im Jahre 1889 vom Internationalen Arbeiter-Kongreß zu Paris beschlossene Kundgebung zugunsten des Achtstundentages zu einer einheitlichen und wirksamen zu gestalten, hat die unterzeichnete Fraktion nach eingehender Erörterung mit allen gegen eine Stimme beschlossen:

Den deutschen Arbeitern zu empfehlen, die Maiseier am ersten Sonntag im Mai zu begehen, und weiter dahin zu wirken, daß auch für die Zukunft der gleiche Tag festgehalten wird.

Als Hauptgrund für diese Entscheidung fiel ins Gewicht, daß ein Tag zu wählen sei, welcher der gesamten Arbeiterklasse die Beteiligung an der Kundgebung ermöglicht.

Hierzu erscheint nur der Sonntag geeignet. Jeder andere Tag der Woche macht es einer sehr großen Zahl von Arbeitern unmöglich, an der Feier teilzunehmen. Einmal ist vielen Arbeitern das Feiern an einem Werktag, besonders zu einer Zeit unmöglich, wo die bürgerlichen Feiertage sich häufen.

Sodann hält auch die Erwägung von Konflikten mit der Unternehmerschaft viele Arbeiter von der Beteiligung ab. Hierzu kommen noch besondere „Hinderungsgründe“ für das laufende Jahr, die außergewöhnlich lang andauernde Arbeitslosigkeit während der verfloßnen harten Wintermonate, und die zunehmende wirtschaftliche Krise, welche an sich schon Zehntausende von Arbeitern auf das Pflaster wirft, und die gesamte Arbeiterschaft in noch höherem Grade als sonst der Willkür der Unternehmer preisgibt.

Parteigenossen! Dies sind die Erwägungen, die uns bestimmt haben, den Arbeitern Deutschlands den ersten Sonntag im Mai für die Achtstundebewegung vorzuschlagen. Wir sind überzeugt, daß ihr diesem Vorschlage mit Einmütigkeit beitreten werdet.

Es handelt sich nun darum, unverzüglich alle Vorbereitungen für die Feier zu treffen, welche insbesondere in Massenausflügen, Massenumzügen und Massenversammlungen zu bestehen haben wird.

Eure Aufgabe ist es, durch zweckentsprechende Organisation dafür zu sorgen, daß die Kundgebung in imposanter, würdiger und ruhiger Weise verläuft.

Parteigenossen! Angesichts der Hartnäckigkeit, mit der die Regierungen und die herrschende Klasse sich weigern, in eine gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit für alle Arbeiter, im Interesse ihres körperlichen und geistigen

Wohlbefindens, zu willigen; angesichts der Tatsache, daß das kapitalistische Produktionssystem uns eben wieder eine Krise von unabsehbarer Dauer entgegenführt, in welcher das Überangebot von „Händen“ und die Lohnrückerei in Permanenz gelangen, wo also eine Verkürzung und gesetzliche Festlegung des Arbeitstages das einzige Mittel ist, um den schlimmsten Wirkungen dieses Zustandes einigermaßen zu begegnen: erscheint es als eine ganz besondere Pflicht, alles aufzubieten, um die Maifeier zu einer wahrhaft großartigen Kundgebung zu gestalten.

Soch die internationale Sozialdemokratie!

Berlin, den 4. Februar 1891.

Die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstages.  
Auer. Bebel. Birk. Bloß. Bod. Bruhns. Diez. Dreesbach. Förster. Frohme.  
Geher. Grillenberger. Harm. Heine. Hinkel. Joest. Kunert. Liebknecht.  
Meister. Metzger. Mollenbuhr. Schippel. U. Schmidt. W. Schmidt. Schulze.  
Schumacher. Schwarz. Seifert. Singer. Stadtthagen. Stolte. Tuhauer.  
Ulrich. Vollmar. Wurm.

Die Befolgung dieser rechtzeitig gegebenen Direktive zeitigte eine großartige Maifeier, über deren Verlauf der Parteivorstand in seinem Bericht zum internationalen Arbeiterkongreß in Brüssel folgendes sagte:

Zu einer Kundgebung im großartigsten Stile gestaltete sich die Maifeier in diesem Jahre. Zwar war an eine Durchsetzung der Arbeitsruhe am 1. Mai angesichts der traurigen wirtschaftlichen Lage auch dieses Mal nicht zu denken. Die Reichstagsfraktion gab deshalb die Parole aus, die Feier allgemein am ersten Sonntag im Mai zu begehen, ein Vorschlag, der auch allgemeine Billigung fand. Am 1. Mai fanden deshalb nur Volks- oder Arbeiterversammlungen statt, in denen Referate über die Bedeutung der Maidemonstration in bezug auf den Achtstundentag und die internationale Arbeiterschutzesgebung erstattet wurden. Am Sonntag darauf aber wurde die Festfeier mit Umzügen — wo diese nicht polizeilich inhibiert wurden — und ähnlichen Demonstrationen begangen. Die Beteiligung der Arbeiterschaft war überall eine großartige. In Hamburg allein nahmen an dem Aufzug nach Schätzung gegnerischer Blätter 100 000 Menschen teil. Eine Festschrift, welche zur Maifeier erschien, wurde in der Auflage von einer halben Million abgesetzt.

Hatten die „Jungen“ unter Werners und Wildbergers Führung vor, am und nach dem Parteitag in Halle über die verspätet erschienene Direktive zur 1. Mai-Feier 1890 losgezogen, so taten sie jetzt das gleiche über die vorsichtige Stellung des Parteivorstandes.

In fünf durch ihren skandalösen Verlauf zu einer traurigen Berühmtheit gelangten Versammlungen in Berlin warf man dem Parteivorstand vor, daß ihm aller revolutionäre Geist abhanden gekommen wäre, daß Opportunitätspolitik getrieben würde, daß es verwerflich wäre, den Arbeitern immer das Gespenst der Existenzvernichtung vor Augen zu führen, usw. usw. Kurzum, die gegen den Parteivorstand gerichteten Angriffe, weil er zur Vermeidung von Opfern durch die Feier des 1. Mai eine andere Art derselben vorgeschlagen hatte, unterschieden sich in nichts von den Vorwürfen, die man später wegen ihrer ähnlichen Haltung den Gewerkschaftsführern machte. Aber auch die Verteidigung des Parteivorstandes war kaum eine andere, führte doch in der Versammlung im Feen-Palast am 3. Juli 1891 Richard Fischer nach dem Vorwärtsbericht ungefähr folgendes aus:

Der Pariser Beschluß sollte nichts anderes bezwecken als: Am 1. Mai soll in allen Ländern, unter Berücksichtigung der in einzelnen Ländern herrschenden Verhältnisse, seitens der Arbeiter an die Behörden die Forderung des Achtstundentages und der Arbeiterschutzesgesetzgebung, entsprechend den Pariser Beschlüssen, erhoben werden. Weiter wurde nichts beschlossen, über das Wie entschied jede Nation für sich. Redner schildert die Verhältnisse des Vorjahrs, die Praktiken der Unternehmer und Behörden, die Hand in Hand gegen die Arbeiter gingen, und legt dar, warum angesichts dessen bei der wirtschaftlichen Krisis in diesem Jahre die Fraktion den Rat gab, die allgemeine Feier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen. Wie sehr sie damit den Interessen und der allgemeinen Auffassung innerhalb der Partei entsprechen habe. (Unterbrechung), beweiße die Tatsache, daß mit Ausnahme eines kleinen Teiles der Berliner Genossen (Widerspruch), denen ihre soziale Lage oder ihr Beruf die Feier des 1. Mai gestatteten (Widerspruch; Unruhe), die ganze Partei ihre Maifeier am 3. Mai abhielt. Hänge denn die Bedeutung der Feier am Tage oder liege die Bedeutung in der Tatsache, daß für diesen Gedanken die Arbeiterschaft der gesamten Kulturwelt ihren Willen einmütig bekunde? (Beifall.)

Redner erörtert, von Beifall und Widerspruch unterbrochen, wie die ganze Maifeier keine Willens-, sondern eine Machtfrage sei. Heute können die Arbeiter den Kampf auf ökonomischen Boden nicht aufnehmen; auf diesem Felde stehen die Arbeiter in heutiger Krisis waffenlos einem mit allen Waffen sozialer Übermacht ausgestatteten rücksichtslosem Feinde gegenüber. Das politische Gebiet sei der Boden, wo die Arbeiterklasse zu Kraftproben bereit sei, die Schlachten für die soziale Befreiung schlage die Sozialdemokratie auf dem politischen Kampffelde. Redner zieht Vergleiche zwischen dem Resultat der vorjährigen Maifeier, die Hunderte von Genossen auf Jahre hinaus existenzlos gemacht, der Partei eine Niederlage zugezogen, die jede andere weniger stark organisierte auseinandergesprenzt hätte, und dem der diesjährigen, welche, statt Hunderttausende zu kosten, ebensoviel eingebracht, um die Wunden der vorjährigen zu heilen.

## Die Maifeier auf dem internationalen Kongreß in Brüssel.

Genau denselben Standpunkt, wie er durch den Aufruf des Parteivorstandes propagiert und durch Fischer in den angeführten Versammlungen vertreten wurde, nahmen auch die deutschen Delegierten auf dem internationalen Kongreß zu Brüssel ein. Das Protokoll über den internationalen Kongreß in Brüssel sagt darüber:

In einer Konferenz der deutschen Delegierten am Donnerstagabend wurde eingehend die Frage erörtert, welche Vorschläge seitens der deutschen Sozialdemokratie dem Kongreßbureau in der Frage der Maifeier unterbreitet werden sollen, und der Beschluß gefaßt, durch eine sechsgliedrige Kommission (Webel, Fr. Vader, Mollenhuth, Schmidt-München, Schwarz und Ulrich) den Antrag zu stellen, die Maifeier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen; sollte hierfür nicht die allgemeine Zustimmung gewonnen werden, so soll Verständigung gesucht werden auf Grundlage der Auffassung, daß der Gedanke der allgemeinen Arbeitsruhe nicht obligatorisch mit der Maifeier verbunden sei.

Dieser durchaus verständige Antrag, der den bisherigen mit der Maifeier gemachten Erfahrungen entsprungen war, fand bei den Delegierten der anderen Länder außer England keine Gegenliebe. Die Franzosen und Österreicher beharrten darauf, daß die Maifeier am

1. Mai begangen werden soll, und vor allen Dingen darauf, daß die Arbeit am 1. Mai ruhen solle. Um überhaupt in dieser Angelegenheit zu einem Resultat zu kommen, einigte man sich auf eine Kompromißresolution, die zwar nicht zur Arbeitsruhe zwang, aber hervorhob, daß die Arbeitsruhe die wünschenswerteste Form der Maifeier darstellt. Das Protokoll des Brüsseler Kongresses berichtet darüber folgendes:

Berichterstatter Petersen=Dänemark gibt ein Bild von den Kommissionsverhandlungen. Die Engländer forderten die Feier am ersten Sonntag im Mai, ebenso die Deutschen; doch schlossen sich diese dem vorliegenden Antrag an und legten somit abermals einen Beweis ihrer internationalen Solidarität ab. Franzosen und Österreicher beharrten auf die Feier des 1. Mai und forderten auch die allgemeine Arbeitsruhe. Schließlich einigte man sich einstimmig auf nachfolgende Resolution, die keine Nation zu unüberlegten Schritten zwingt, sondern jeder die Möglichkeit lasse, die Hindernisse und Schwierigkeiten, die in einzelnen Ländern sich ergeben, zu berücksichtigen. Er bittet im Namen des Bureaus um einstimmige und debattelose Annahme des Antrages, der lautet:

„Am dem ersten Mai seinen bestimmten ökonomischen Charakter: der Forderung des Achtstundentages und der Bekundung des Klassenkampfes zu wahren, beschließt der Kongreß:

Der erste Mai ist ein gemeinsamer Festtag der Arbeiter aller Länder, an dem die Arbeiter die Gemeinsamkeit ihrer Forderungen und ihre Solidarität bekunden sollen.

Dieser Festtag soll ein Ruhetag sein, soweit dies durch die Zustände in den einzelnen Ländern nicht unmöglich gemacht wird.“

Von verschiedenen Seiten wird sofortige Abstimmung ohne vorherige Diskussion verlangt.

Roscher=Österreich ist gegen den Schluß der Diskussion. Man solle die starke Minorität zu Worte kommen lassen. Eine große Anzahl Delegierter habe gerade in dieser Frage bestimmte Aufträge ihrer Organisationen zu erfüllen.

Webel plädiert für den Schluß der Diskussion. Man solle doch nicht Dinge, die alten und vergangenen Zeiten angehören, wieder ausgraben, da dann notwendiger Weise eine Entgegnung von der anderen Seite erfolgen müßte.

Adler=Wien widerspricht, da die Österreicher, ohne auf vergangene Dinge zurückkommen zu wollen, den Auftrag hätten, ihren Standpunkt im Plenum zu vertreten.

Die Debatte wird trotz des Protestes der Österreicher geschlossen.

Der Antrag Bailants, der Maidemonstration auch den Charakter einer Friedensdemonstration zu geben, wird in der Nationalitäten=Abstimmung mit allen gegen die Stimme der Deutschen, Schweizer, Ungarn und Franzosen abgelehnt. Der erste Mai als Tag der Maidemonstration wird von allen Nationen gegen England angenommen, aber auch die englischen Delegierten erklären, grundsätzlich seien sie mit diesem Beschluß einverstanden, nur taktische Gründe hätten ihren Beschluß erzwungen. Darauf wird unter donnerndem Beifall die oben mitgeteilte Resolution per Akklamation angenommen.

Der in dem Protokoll geschilderte Vorgang spricht gerade nicht zugunsten der Maifeierangelegenheit. Man hatte offenbar Gründe für Ablehnung der Diskussion, ob diese aber so triftiger Natur waren, daß man eine so wichtige Angelegenheit übers Knie brach, darf man denn doch wohl bezweifeln. Angenehm war es ja nicht, in und vor aller Öffentlichkeit darzulegen, welche unliebsamen Erfahrungen man

mit der ersten Maifeier in Deutschland gemacht hatte, über die Notwendigkeit solcher Darlegungen konnte aber doch kaum ein Zweifel bestehen, sie ergab sich aus dem Bestreben, künftighin ähnliche Niederlagen zu vermeiden. Das Protokoll läßt allerdings leider weder den Gang der Verhandlungen noch die Absichten der Delegierten genügend klar erkennen.

### Der Parteitag in Erfurt 1891

nahm zur Maifeier im Jahre 1892 keine Stellung. Weder stand diese Frage auf der Tagesordnung, noch berührte sie der Berichtserkatter des Parteivorstandes, Auer, in seiner Rede. Der einzige, der diese Frage flüchtig streifte, war der „Unabhängige“ Wilhelm Werner in Berlin, als er sich gegen ihm gemachte Vorwürfe verteidigte. Ein Beschluß wurde jedoch nicht gefaßt, und es war allgemein die Auffassung vertreten, daß man es mit den bisherigen Erfahrungen genügen lassen werde. Nichtsdestoweniger erschien im Jahre 1892 seitens des Parteivorstandes ein Aufruf, der dadurch etwas Leben in die Sache brachte und ja auch nur aus „propagandistischen Gründen“ erlassen war.

### Der Parteitag in Berlin 1892.

Wesentlich anders gestaltete sich die Sache auf dem Hier wird der Maifeier im Bericht des Parteivorstandes ausführlich Erwähnung getan und diese Frage als besonderer Punkt der Tagesordnung behandelt.

Die Ausführungen im Bericht haben folgenden Wortlaut:

Zur Maifeier hatte der Parteivorstand, um jede Zersplitterung zu vermeiden und den sozialpolitischen Charakter dieser internationalen Arbeiterdemonstration unverhüllt und unzweideutig zum Ausdruck zu bringen, an die Vertrauensleute die Aufforderung gerichtet, deren Veranstaltung von Partei wegen in die Hand zu nehmen. Ebenso hat derselbe — und zwar hauptsächlich aus propagandistischen Gründen — die Herausgabe eines gemeinschaftlichen Festzeichens und der „Maifestzeitung“ beschlossen, die in einer halben Million Auflage weiteste Verbreitung und auch allgemeine Anerkennung gefunden hat. Unsere jämmerlichen Vereinsgesetze in den einzelnen Bundesstaaten, die fast überall die Veranstaltung von öffentlichen Aufzügen, Versammlungen unter freiem Himmel usw. in das Belieben der untergeordneten Polizeibehörden stellen, ermöglichten natürlich keine einheitliche Demonstration. Schließlich liegt der Wert der Feier doch auch weniger in deren äußerer Form, als in der Tatsache, daß die Arbeiterschaft aller Länder für die vom Pariser Kongreß formulierten Forderungen einheitlich ihre Stimme erhebt und den unbeugbaren Willen bekundet, der herrschenden Gesellschaft deren Anerkennung abzuwingen. Trotzdem im Reiche die Feier vielfach durch die Ungunst des Wetters ganz erheblich beeinträchtigt und eine Reihe süddeutscher Städte durch den eingetretenen Schneefall sogar zur Verlegung der Feier gezwungen wurden, trat dieser demonstrative Gedanke durch die Größe der versammelten Masse überall in unleugbarer Erscheinung. Die Gegner mögen, begünstigt durch die seit einigen Jahren wütende, die Widerstandskraft der Arbeiterklasse zeitweise stark lähmende fürchtbare Geschäftskrisis,

drohen oder höhnen: die Arbeiter wissen, daß sie der Bourgeoisie den Weltfeiertag und die baldige Erfüllung der Pariser Forderungen abtrotzen werden, dafür war die heutige Maifeier ein neuer Beweis.

Dem Parteitag lag folgende von dem Referenten Gerisch eingebrachte Resolution vor:

Im Anschluß an die auf dem Brüsseler Kongreß angenommene Resolution beschließt der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie: Als Tag der Feier gilt der 1. Mai. An diesem Tage demonstriert die klassenbewußte deutsche Arbeiterschaft mit den klassenbewußten Arbeitern der ganzen Welt für den Achtfundentag und die internationale Regelung der Arbeiterschutzgesetzgebung im Sinne der bekannten Pariser Resolution.

Um die Feier zu einer einheitlichen und dadurch in ihrer Wirkung nach außen zu einer möglichst imposanten zu gestalten, beschließt der Parteitag, daß, wie im Vorjahre, so auch in Zukunft, die Leitung der Feier der politischen Organisation, der Partei, zufällt.

Als die würdigste Form der Feier erachtet der Parteitag die Arbeitsruhe. Da jedoch weder durch die Beschlüsse des internationalen Kongresses in Paris, noch durch die des Kongresses in Brüssel die Arbeitsruhe zur unbedingten Pflicht gemacht, es vielmehr den einzelnen Nationen überlassen wurde, den gegebenen Umständen gemäß zu handeln; da ferner die Art der Feier durch die jeweilige Geschäftskonjunktur in erster Linie mit bestimmt wird, beschließt der Parteitag eine für alle Zeit gültige Norm nicht zu schaffen, sondern die Bestimmungen über die Art der Feier den jährlichen Parteitagen zu überlassen.

Mit Rücksicht auf die zurzeit herrschende wirtschaftliche Misere, die einen geschäftlichen Aufschwung bis zum nächsten Frühjahr als völlig ausgeschlossen erscheinen läßt, hält der Parteitag die Proklamierung der allgemeinen Arbeitsruhe für den 1. Mai 1893 als undurchführbar und beschließt daher, die Feier am Abend des 1. Mai abzuhalten.

Die Maifeierfrage wurde bisher auf keinem Parteitag, und nach den Protokollen zu schließen, auch auf keinem internationalen Kongreß, so eingehend behandelt, wie auf diesem Parteitag in Berlin. Das Für und Wider, das für und gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai gewechselt wurde, ist daher nicht nur interessant, sondern zur Beurteilung und Einschätzung der späteren Maifeier notwendig. Die Erfahrungen, die mit der späteren Maifeier durch Arbeitsruhe gemacht wurden, zeigen uns, daß auch die günstigere Konjunktur und das Heranwachen der Gewerkschaften die Arbeitsruhe nur teilweise und auch nur unter alljährlich wiederkehrenden schweren Opfern ermöglichen.

Das Ideal der Einheitlichkeit der Maifeier ist aber mehr denn je in die Ferne gerückt worden, da jeder Ort, jede Stadt, ja auch jedes Land, seine Maifeier so begeht, wie es ihm am zweckmäßigsten scheint.

Der Referent Gerisch führte in Berlin darüber aus:

Der auf dem internationalen Kongresse in Paris gefaßte Beschluß, den 1. Mai eines jeden Jahres als Arbeiterfeiertag für die gesamte klassenbewußte Arbeiterschaft der ganzen Welt zu betrachten, wurde sowohl mit allseitiger Begeisterung gefaßt, als auch überall mit Begeisterung aufgenommen, wo Proletarierherzen schlagen. Doch hat dieser Beschluß, wie kaum einer, zu mannigfachen Meinungsdivergenzen Veranlassung gegeben, zwischen den Genossen der einzelnen Länder sowohl, als auch der verschiedenen Nationen untereinander. Der Umstand, daß nach dem Brüsseler internationalen Kongreß auch der nächstfolgende in Zürich sich wieder mit

der Maifeier beschäftigen wird, beweist zur Genüge, daß die praktische Gestaltung der Maifeier auch heute noch gegenseitiger Verständigung bedarf. Über die erste Maifeier bei uns will ich nicht reden, über sie ist in Halle eingehend diskutiert worden. Aber die Erfahrungen, die wir mit dieser ersten Feier gemacht hatten, veranlaßten bekanntlich die Fraktion, im Februar 1891 eine Kundgebung an die deutsche Arbeiterschaft zu erlassen, in der gesagt wurde, daß die Fraktion den deutschen Arbeitern empfehle, die Feier am ersten Sonntag im Mai zu begehen und weiter dahin zu wirken, daß auch für die Zukunft der gleiche Tag festgehalten würde. In dieser Weise haben wir in den folgenden Jahren die Maifeier gefeiert und dabei die Überzeugung gewonnen, daß eine wirkliche einheitliche Maifeier, wenn die großen Massen würdig an ihr teilnehmen sollen, nur an einem Sonntage möglich ist. Nachdem aber der Kongress in Brüssel gesprochen und unsere dort anwesenden Delegierten sich seiner Auffassung angeschlossen haben, können wir nicht mehr, wie früher, die Maifeier am ersten Sonntag des Mai begehen. Wir haben uns also an den 1. Mai zu halten.

Eine weitere Frage ist, wer die Feier leiten soll. Die erste Feier wurde bekanntlich hauptsächlich von den gewerkschaftlichen Vereinen geleitet. Die zweite wurde teils von der politischen Partei und teils von den Gewerkschaften geleitet und die diesjährige Maifeier wurde fast ausschließlich von der politischen Partei in die Hand genommen, und sie ist dazu wohl auch am geeignetsten. Die Partei hat überall Vertrauensmänner, nicht so aber eine gewerkschaftliche Organisation. Was also bisher in der Praxis sich stillschweigend ausgebildet hat, muß durch einen Beschluß festgelegt werden. Es fragt sich nur, in welcher Weise wir die Feier begehen wollen, und da ist zweifellos die würdigste Form die allgemeine Arbeitsruhe, falls diese möglich ist. Bereits 1891 hat die Fraktion mit Rücksicht auf die damalige schwere wirtschaftliche Krise von dieser Form absehen zu müssen geglaubt; um wie viel schwieriger würde es heute sein, die allgemeine Arbeitsruhe zu proklamieren, wo die Notlage sich noch verschärft hat! Zwar werden heute wohl nicht mehr in gewissen Kreisen jene Hoffnungen gehegt, wie sie Fürst Bismarck hegte, an der Spitze des Ministeriums einen schneidigen General zu haben, der darauf ausginge, die Sozialdemokratie vielleicht zu einem Putsch zu bewegen, sie in einen Straßenkampf zu verwickeln und ihr einen gehörigen Aberlaß angedeihen zu lassen, aber andererseits hat sich die Situation für uns insofern verschoben, als wir es jetzt in Deutschland nicht mehr mit einzelnen Unternehmern, sondern nur noch mit Unternehmerverbänden zu tun haben. Unsere gewerkschaftlichen Organisationen sind wegen der Misere der letzten Zeit keineswegs dem Ansturm der Unternehmer gewachsen, und wir können es von unserem Standpunkte nicht gut verantworten, gerade unsere besten und tüchtigsten Kämpfer dem Feinde in einem vornherein verlorenen Kampf auszuliefern.

Redner geht dann auf die von Dr. Adler-Wien erhobenen Vorwürfe ein und hebt hervor, daß wir in der Lage sind, unsere Wünsche, Anschauungen und Grundsätze in ganz anderer Weise nach außen zum Ausdruck zu bringen, als durch die Maifeier. Man müsse sich fragen, ob die Opfer, die eine Sache erfordert, im Verhältnis stehen zu dem Zweck und Nutzen derselben. Wenn wir in der Lage sind, fortgesetzt unsere Wünsche im Parlament zum Ausdruck zu bringen, wenn unsere ganze politische Tätigkeit eine fortgesetzte Demonstration für unsere Grundsätze ist, so können wir unter diesen besonders ungünstigen Umständen sehr wohl auf eine Demonstration in Form der allgemeinen Arbeitsruhe verzichten.

Während des Referats wurde auch noch eine Reihe Änderungen und Amendements zu der Resolution gestellt, die nachher von den einzelnen Rednern auch begründet wurden. Diese gingen im großen ganzen dahin, daß von einer Arbeitsruhe am 1. Mai abgesehen werden muß, da die Verhältnisse diese nicht zulassen. Andererseits wurde verlangt, einen einheitlichen Tag für die Feier festzusetzen, und zum Teil wurde der Sonntag als Tag der Feier vorgeschlagen. Zwei Ergänzungsanträge lagen vor, welche verlangten, daß die Feier des 1. Mai am Abend durch Versammlungen und am Sonntag durch Demonstrationen und Feste vollzogen werden soll.

Der als Gast anwesende Dr. Adler-Wien trat mit aller Entschiedenheit dafür ein, daß die Feier des 1. Mai durch Arbeitsruhe begangen wird. Aus seiner Rede ging hervor, daß in Österreich doch ganz andere Verhältnisse sind, welche dazu beitragen, die Feier in der von den Österreichern gewünschten Form begehen zu können. Adler führt aus:

Ich möchte vor allem feststellen: Ihre Resolution enthält einen kleinen sachlichen Irrtum. Der Brüsseler Beschluß lautet nicht, daß es den einzelnen Nationen überlassen bleibt, den gegebenen Umständen gemäß zu handeln, sondern er lautet: es wird die Arbeitsruhe empfohlen, und nur da, wo sie unbedingt unmöglich ist, ist davon abzusehen. Sie werden zugeben, daß das etwas völlig anderes ist. Wir Österreicher haben Ihre politischen Rechte, Ihr Wahlrecht nicht, und der Parteivorstand sagt Ihnen: ja die Österreicher, die können und müssen die Mäifeier haben, weil sie eben das Wahlrecht nicht haben. Wenn wir auch das Wahlrecht hätten oder haben werden, so wird die Mäifeier bei uns immer eine große Rolle spielen, denn wir lassen unsere Bewegung nicht als eine ausschließlich politische auf. Wir glauben, daß die Sozialdemokratie noch lange nicht so groß ist, wie die Massen, die in Bewegung sind, und in Bewegung gebracht werden sollen. Und in diese Massen hinaus wirkt der 1. Mai, in Österreich wenigstens, durch die Arbeitsruhe und nur durch sie. . . .

Sie müssen bedenken, daß in Österreich, in Frankreich Ihre Haltung nicht begriffen werden wird. Wir haben dieselben Schwierigkeiten wie Sie. Wir haben 1890 bei der ersten Mäifeier den Kanonen wirklich gegenübergestanden. Sie sind wirklich aufgefahren worden, und wenn man hier erst einen schneidigen General gesucht hat, wir haben ihn. Aber gerade die Einmütigkeit, das entschlossene Vorgehen bei der ganzen Bewegung hat den Leuten imponiert. Wäre in Deutschland und in England und überall von vornherein die Haltung eingenommen worden, wie wir sie einnahmen, so wäre die Schlacht für uns gewonnen worden. Ob sie heute noch zu gewinnen ist, weiß ich nicht. Auch bei uns hat sich das Unternehmertum ganz anders organisiert und zentralisiert als früher. Trotzdem aber wurde auf dem Wiener Parteitag beschlossen, und es wird ausgeführt werden, daß der 1. Mai mit Arbeitsruhe gefeiert wird. Die Rücksicht auf die Gegner ist hier nicht maßgebend. Wenn wir tun wollten, was sie gerne sehen, so würden wir überhaupt wenig machen. Wir sehen nur darauf, ob die Arbeiterschaft am Orte aus der Fabrik herauszubringen ist, ob sie mitgeht, und da sage ich Ihnen, daß trotz der schweren Schläge, die wir 1891 gehabt haben, auch im nächsten Jahre die Mäifeier aufrecht erhalten werden wird. Freilich ist bei uns der 1. Mai immer ein Feiertag gewesen, aber nur für die Bourgeoisie. Wir haben den Feiertag auch dem Arbeiter gegeben, und nun würde man es nicht begreifen, wenn wir ihn aufgäben. Ich gebe ja zu, daß die Verhältnisse für das nächste Jahr sehr ungünstig liegen, aber wir würden im höchsten Grade unflug in Österreich handeln, wenn wir die Schlacht bereits verloren gäben, ehe sie uns von den Unternehmern angeboten ist.

Nun sprach man hier von einer Feier am Abend des 1. Mai. In Osterreich ist es uns ganz unmöglich, daß wir die Feier auf den Abend verlegen, und zwar deshalb, weil wir dazu den 1. Mai gar nicht brauchen. Wir können ja ebensogut am 15. Juli oder am 18. August oder am 1. Oktober so viel Abendunterhaltungen und Versammlungen veranstalten, damit würde die Bedeutung des 1. Mai für uns vollständig verloren gehen. Das mag bei Ihnen anders sein, aber ich glaube, daß Sie sich an das Urteil der Geldsäcke nicht zu kehren brauchen. Nur noch eins! Auf dem Wege nach rückwärts gibt es nirgends einen Halt, auch bei uns nicht. Ich habe bereits in meinen Begrüßungsworten gesagt: wenn Sie vorwärts gehen, werden Sie die Osterreich an Ihrer Seite finden. Aber erlauben Sie, daß ich Ihnen sage: Sie werden uns an Ihrer Seite finden, nur wenn Sie vorwärts gehen, wenn Sie rückwärts gehen, nicht! —

Für die Arbeitsruhe am 1. Mai traten nur Demppwolf=Mannheim und Arndt=Paris, letzterer im Namen der deutschen Genossen, ein. Dagegen trat Schmidt=Friedberg Adler entgegen und bezweifelt, daß man schon eine derartige Macht besitze, um die Arbeitsruhe allgemein durchzudrücken. Es würde in diesem Falle nur eine kleine Anzahl Genossen den 1. Mai feiern, während die übergroße Zahl in Arbeit bliebe. Man müsse aber auch in kleinen Orten die Möglichkeit einer Demonstration lassen, und diese können die Demonstration nicht am Tage des 1. Mai, sondern nur abends oder am Sonntag abhalten. Bezeichnend sind unter anderem auch die Ausführungen von Volkmar=München, welche lauteten:

Ich bekenne, daß ich, als die Maifeier zum ersten Male gefeiert wurde, einer derjenigen war, welche einer Arbeitsniederlegung sehr zuneigten. Mit mir haben es auch die Münchener Genossen getan, und wir haben 1890 in München in der Tat vollkommen die Arbeit niedergelegt. Aber es wäre töricht, die Erfahrungen, welche man an einem Orte gemacht hat, so ohne weiteres auszudehnen, einen Schluß für ganz Deutschland daraus zu ziehen. Es hat sich schon 1890 — und wir hatten damals wesentlich bessere Arbeitsbedingungen als jetzt — gezeigt, daß die allgemeine Arbeits-einstellung in Deutschland nicht möglich war. Wir wollen uns jetzt nicht mehr über den Hamburger Fall streiten. Aber soviel ist gewiß, daß Hamburg damals nicht nur selbst außerordentliche Opfer hat bringen müssen, sondern daß ganz Deutschland monatelang ausschließlich für diese Arbeits-einstellung Opfer zu bringen hatte. Adler sagt uns, natürlich sei das den Geldsäcken unangenehm, wenn wir die Arbeit einstellen; wir hätten uns jedoch nicht nach den Geldsäcken zu richten. Wenn wir uns auf den Standpunkt stellen, daß wir gerade das tun, was den Geldsäcken unangenehm ist, dann geben wir gerade den Geldsäcken die Möglichkeit, uns zu beeinflussen. Nichts könnte ihnen angenehmer sein, als eine Arbeitsniederlegung in dieser arbeitslosen Zeit. Adler vergißt auch vor allem das eine, daß wir in unserem neueren Arbeitertrutz eine Bestimmung haben, welche, wenn sie nicht ganz besonders auf die Maifeier zugeschnitten ist, jedenfalls sich auszeichnet als Werkzeug zur Maßregelung verwenden läßt; das ist der Kontraktbruchparagrah. Dieser Gesichtspunkt ist aber für mich noch gar nicht ausschlaggebend. Wir würden uns aber außerordentlich täuschen und uns selbst Illusionen machen, wenn wir glaubten, daß in Deutschland auch nur ein Viertel oder ein Zehntel der Arbeiter dazu bereit sei, die Arbeit niederzulegen. Schon 1890 ist das nicht möglich gewesen; heute ist es noch viel weniger möglich. Heute leiden die Leute nicht an Arbeitsüberfluß, sondern an Überfluß von Arbeitsmangel, und geradezu töricht wäre es von diesen Leuten, die kaum hinreichend zu arbeiten haben, wenn sie auch das noch gegenwärtig aufs Spiel setzten, bloß wegen einer Demonstration. Nun ist noch ein anderes

hervorzuheben. Adler hat gesagt, wir sollten diese Frage nicht gleichgültig nehmen. Nein, gewiß ist uns das nicht gleichgültig, aber wenn wir die Frage nicht unterschätzen, so dürfen wir sie doch auch nicht überschätzen. Ich komme wahrlich nicht in die Gefahr, als ob ich die Arbeiterschutzbestimmungen unterschätze und für gleichgültig hielt; aber immerhin bilden alle diese Bestimmungen in ihrem weitesten Umfange nur ein untergeordnetes Glied in unserem gesamten Programm und in der gesamten Bewegung, und wenn wir für viel weiter gehende Dinge, als hier in Frage stehen, demonstrieren wollten und Opfer zu gewärtigen haben würden, wie sie beim Beschluß einer allgemeinen Arbeitsniederlegung ganz zweifellos sind, würden wir dann einen entsprechenden Beschluß fassen? Ich sage: nein. Man würde hier ganz ruhig darüber debattieren und schließlich sagen, das Allgemeine, die ganze Bewegung hat für uns mehr Wert, als das augenblickliche Stück, die Demonstration. Um wie viel weniger können wir für die beschränkten Rechte, die hier in Frage stehen, die Parteizistenz aufs Spiel stellen. Man spricht von einem Agitationsmittel zur Heranziehung von Indifferenten. Gut! Wir ziehen sie heran, wir veranlassen sie, die Arbeit niederzulegen; und knüpfen sich nun die unausbleiblichen Folgen daran, dann kommen sie und sagen: nun unterstützt uns! Und wenn wir kein Geld, sie zu unterstützen, haben, was dann? Diese Agitation ist also nicht von Nutzen. Ich stehe daher auf dem Standpunkte der heurigen Art der Maifeier und bitte Sie, diese Art jetzt zur maßgebenden zu machen. Daß alle Jahre nun Beschluß gefaßt werden soll, ist eine ganz unglückliche Fassung. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind derart, daß für die nächsten Jahre Aussicht auf eine Änderung nicht vorhanden ist. Ich bitte Sie deswegen, den betreffenden Passus zu streichen und auszusprechen, daß vorläufig, bis zur weiteren Beschlußfassung, der Beschluß von heute überhaupt gelten und nicht jedes Jahr von neuem in Frage gestellt werden sollte. Adler hat sehr wirkungsvoll seine Rede damit geschlossen, daß er sagte, die Österreicher werden immer auf eurer Seite sein, wenn ihr vorwärts geht, nicht aber, wenn ihr rückwärts geht. Wenn ein Beschluß, der nach reiflicher Überlegung unter gründlicher Kenntnis der Verhältnisse gefaßt wird, der ausgeht von der Überzeugung, daß ein früherer Beschluß unter den jetzigen Verhältnissen nicht durchgeführt werden kann, ein Rückzug genannt wird, so ist das ganz gleichgültig; aber etwas Ungeschickteres in politischen Dingen kann es nicht geben, als wenn man etwas, auch wenn man einsieht, daß es un-durchführbar sei, eigensinnig festhält, bloß, um sich nicht sagen zu lassen, daß man seinen Entschluß geändert habe. Die österreichische Sozialdemokratie mag blühen, gedeihen und sich entwickeln. Sie wird uns bei jedem Vorwärtsschreiten auf ihrer Seite sehen, und die Genossen dort mögen ja nicht meinen, daß, wenn wir aus praktischen Gründen den Beschluß fassen, nicht alles auf eine Karte zu setzen, welche nur ein kleiner Teil unserer Gesamtforderungen umfaßt, wir den Rückzug angetreten haben. Die deutsche Sozialdemokratie wird so gut wie die österreichische nicht rückwärts, sondern nach jeder Richtung vorwärts gehen!

Nach dieser wirksamen Antwort auf die Philippika des Genossen Dr. Adler siegte die nüchterne Überlegung.

Es wurde zunächst in namentlicher Abstimmung über die Frage der Arbeitsruhe am 1. Mai abgestimmt und diese mit 236 gegen 5 Stimmen verneint. Die von Gerisch vorgeschlagene Resolution wurde dann gegen einige Stimmen angenommen.

## Bebel über die Maiseier und ihre Bedeutung.

Die Frage der Maiseier hatte sowohl durch die Diskussion als durch den Beschluß auf dem Parteitag in Berlin unstrittig eine Klärung erfahren. Das war aber nicht genügend, wollte man eine internationale Regelung der Feier des 1. Mai herbeiführen, so mußte die Klärung sowohl innerhalb Deutschlands als auch über dessen Grenzen hinaus stattfinden. Dies war auch offenbar die Absicht Bebels, als er einen Artikel „Die Maiseier und ihre Bedeutung“ in der „Neuen Zeit“ Nr. 14, Jahrgang 1892, veröffentlichte und darin nach einer Einleitung, in der er die auf den 1. Mai bezügliche Resolution des Pariser Kongresses wiederholte, folgendes ausführte:

Aus dem Sinn und Wortlaut dieser (auf dem internationalen Kongress im Jahre 1889 in Paris angenommenen) Resolution geht aber auch weiter klar hervor, daß man nicht beabsichtigte, was man ihr später unterstellte, mit der Demonstration eine Art Kraftprobe zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse zu veranstalten, um die Bourgeoisie und ihren Staat zu zwingen, nicht nur den Achtstundentag zu bewilligen, sondern auch die Forderung der Arbeiter, sie als eine der Bourgeoisie politisch gleichberechtigte Klasse anzuerkennen, zu gewähren. Der Zweck der Demonstration war vielmehr der, dem Gedanken der Solidarität der Arbeiterklasse in allen Kulturländern Ausdruck zu geben, indem man gleichzeitig und einmütig für eine Forderung eintrat, von der alle überzeugt waren, daß sie ohne internationale Regelung schwerlich Aussicht auf Erfolg habe.

Die Ausführung dieses Beschlusses war denn auch eine verschiedene. Die erste Maiseier 1890 lieferte hierfür zunächst die Beweise. Die englischen Arbeiter verzichteten von vornherein darauf, eine Kraftprobe mit der Arbeitsruhe anzustellen, obgleich ihnen die beste Organisation und die reichlichsten Mittel zur Verfügung standen, sie entschieden sich sogar dafür, nicht am 1. Mai, sondern am ersten Sonntag im Mai zu demonstrieren. Sie sagten sich, daß eine Demonstration von Belang am 1. Mai abends, namentlich bei den Größenverhältnissen Londons, nicht zu erwarten sei, eine Demonstration am Tage durch Ruhen der Arbeit aber einen Kampf mit der Bourgeoisie provozieren, der Opfer erfordere, die im stärksten Mißverhältnis zu dem Erfolge stehen würden; sie sagten sich ferner, daß schließlich das Ziel nicht auf dem Wege der Demonstration — die niemals etwas anderes als eine nicht alltägliche Form der Agitation sein kann — erreicht werde, sondern durch den politischen Kampf an den Wahlurnen. Getreu diesen Anschauungen haben die Engländer an der Demonstration am ersten Sonntag im Mai festgehalten, und sie lehnten es auch in Brüssel ab, sich für die Feier am 1. Mai zu entscheiden.

Anders als die Engländer begingen die Franzosen die Maiseier; sie bestanden in der Hauptsache darin, daß die Arbeiterorganisationen Deputationen abandten, welche den Behörden die Forderungen der Arbeiter zu überbringen hatten. Die Niederlegung der Arbeit kam am 1. Mai 1890 und 1891 in Frankreich nirgends in größerem Maßstabe vor und blieb selbst in Paris weit hinter dem zurück, was man nach den vorausgegangenen Agitationen für die Arbeitsruhe erwarten durfte.

In Deutschland wurde infolge eines Aufrufs der Reichstagsfraktion, bei den einzelnen Orten die Art der Feier überließ, aber im allgemeinen auf die Bedenken gegen ein Ruhen der Arbeit hinwies, teils durch Arbeitsruhe und Versammlungen am Tage, teils durch Abhaltung von Festen und Versammlungen am Abend des 1. Mai demonstriert.

Die erste deutsche Maiseier war zwar allgemein, aber sie war nicht einheitlich, und dieser Mangel an Einheitlichkeit, den man dem Aufruf der Fraktion zu Lasten schrieb, ist namentlich im Auslande den Deutschen sehr

verübelt worden. Bei den Deutschen hatte man um so mehr auf die allgemeine Arbeitsruhe gerechnet, als durch den glänzenden Ausfall der Reichstagswahlen am 20. Februar hyperoptimistische Gemüter bereits die Herrschaft der Kommune herankommen sahen. Aber auch in den eigenen Reihen waren starke Meinungsverschiedenheiten eingetreten, die auf dem ersten Parteitag, den die Partei nach dem Fall des Sozialistengesetzes wieder in Deutschland, und zwar in Halle, abhielt, zum Ausdruck kamen.

Das Fazit dieser ersten Maifeier war, daß überall, wo die Demonstration durch Ruhen der Arbeit begangen worden war, so insbesondere in Hamburg, teilweise in Berlin und anderwärts, durch Massenmaßregelungen der Feiernden der Partei enorme Opfer auferlegt wurden. Unter anderem wurde das stets opferwillige, in allen Kämpfen der Partei als festestes Bollwerk geltende Hamburg auf längere Zeit nahezu vollständig kampfunfähig gemacht. Und ähnlich lagen die Verhältnisse in Berlin und an anderen Orten.

Die Ankläger behaupteten zwar, daß gerade durch die Zwiespältigkeit in den eigenen Reihen diese Niederlagen herbeigeführt worden seien, und sie klagten insbesondere die Fraktion als den Schuldigen an. Unseres Erachtens mit vollkommenem Unrecht. Eine Demonstration durch allgemeine Arbeitsruhe würde, angesichts der festgeschlossenen Organisationen der Bourgeoisie durch ganz Deutschland, die hierbei von den Staats- und Reichsgewalten die kräftigste Unterstützung fand, zu einer allgemeinen Niederlage der Partei und zu einer unendlich größeren Zahl von Opfern geführt haben. Die Mut der Bourgeoisie und ihrer Verbündeten über die Wahlen am 20. Februar war hochgradig und ließ ihr den Kampf auf einem Gebiet höchst wünschenswert erscheinen, auf dem sie, wenn sie entschlossen war, den Sieg mit Sicherheit in der Tasche hatte. Das zeigten die Provokationen vor dem 1. Mai, als sie auf den Kampf hoffte, das zeigte der ingrimmige Hohn und Spott nachher, als sie sah, daß sie sich in ihren Erwartungen getäuscht hatte. Außerdem galt es für sie, den drohenden Ablauf des Sozialistengesetzes als einen politischen Fehler ersten Ranges darzutun.

Die Erfahrungen dieser ersten Maifeier veranlaßten die Fraktion, für die Maifeier 1891 allgemein den Sonntag als Demonstrationstag zu empfehlen, ein Rat, dem die ganze Partei mit winzigen Ausnahmen nachkam.

In den übrigen Ländern des Kontinents hielt man an der Feier des 1. Mai fest, aber mit sehr verschiedenem Erfolg. In keinem einzigen Lande, mit Ausnahme von Österreich, erreichte die Feier durch Arbeitsruhe einen achtunggebietenden Charakter. . . .

Die Verschiedenartigkeit in der Maifeier der verschiedenen Länder veranlaßte den internationalen Brüsseler Kongreß, sich abermals mit dieser Frage zu beschäftigen. In der Vorberatung, welche die deutschen Delegierten auf dem Brüsseler Kongreß über diese Frage abhielten, wurde beschlossen, den Antrag zu stellen, die Maifeier künftig auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen, falls aber hierfür nicht die allgemeine Zustimmung zu erlangen sei, solle eine Verständigung dahin versucht werden, daß die allgemeine Arbeitsruhe nicht obligatorisch mit der Maifeier verbunden sei. Es wurde ferner eine Kommission, bestehend aus sechs Deputierten, gewählt, welche in der betreffenden Fachkommission des Kongresses in diesem Sinne wirken sollte. In dieser Fachkommission nun plakten die Geister scharf aufeinander, namentlich hielten die Österreicher an der Verpflichtung zur Arbeitsruhe fest. Schließlich wurde aber eine Resolution beschlossen, der später auch das Plenum des Kongresses, mit Ausnahme der Engländer, die Zustimmung gab. . . .

Die Maifeier 1892 gab keinen Anlaß zu Differenzen, weil der 1. Mai bekanntlich auf einen Sonntag fiel. Dagegen hat der Beschluß des Berliner Parteitags, die Maifeier 1893 nicht durch Arbeitsruhe, sondern durch Demonstrationen am Abend des 1. Mai zu begehen, von neuem die Geister erregt. Konstatirt sei noch einmal, daß auf dem Berliner Parteitag die Arbeitsruhe mit 235 gegen 5 Stimmen abgelehnt wurde, und daß sich unter

den 5 Stimmen nicht ein Vertreter einer größeren Stadt oder eines Industriebezirks befand. Einer der Mannheimer Delegierten, der für die Arbeitsruhe sprach, mußte ausdrücklich erklären, daß er nicht im Sinne seiner Wähler spreche, und enthielt sich demgemäß der Abstimmung, und der deutsche Vertreter aus Paris, der ebenfalls für die Arbeitsruhe sich erklärte, kann im vorliegenden Fall für Deutschland nicht in Betracht kommen.

Konstatiert sei ferner nochmals, daß der Beschluß des Berliner Parteitags, am 1. Mai abends zu demonstrieren, dem Brüsseler Kongreßbeschluß nicht zuwiderläuft, obgleich es bedauerlich war, daß Stimmen gegen den Berliner Beschluß abgegeben wurden, deren Träger unseres Erachtens moralisch verpflichtet waren, für den Brüsseler Beschluß einzutreten.

Der Beschluß des Berliner Parteitags erlangte eine besondere Bedeutung dadurch, daß einer der anwesenden Vertreter der österreichischen Sozialdemokratie, Dr. Adler, die Gelegenheit ergriff, um wiederholt in der würdevollsten und nachdrücklichsten Weise für die Arbeitsruhe einzutreten. Der Verlauf der Debatte und der Abstimmung hat aber auch ihm gezeigt, daß ohne Anwendung irgendwelcher PreSSION, nur die felsenfeste Überzeugung von der Notwendigkeit, auf die Arbeitsruhe zu verzichten, die deutsche Partei veranlaßte, so zu stimmen, wie sie gestimmt hat. Dies zu konstatieren, ist ebenfalls notwendig.

In Deutschland hat sich die sozialdemokratische Partei zur stärksten politischen Partei und damit der Klassenkampf in einem Umfang entwickelt, daß jede Aktion, die von der Sozialdemokratie ausgeht, politische Komplikationen im Gefolge hat, die von der einschneidendsten Bedeutung für das gesamte öffentliche Leben sind. Mit dem Wachstum der Partei steigt unzweifelhaft die Möglichkeit von Erfolgen, aber es wächst auch die Schwere der Verantwortung im Falle von Niederlagen. Die Partei muß also nicht nur jeden Schritt doppelt und dreifach erwägen, sie darf sich auch auf kein Kampffeld drängen lassen, auf dem eine Niederlage wahrscheinlich ist. Andererseits sinkt die Bedeutung von Demonstrationen für eine Partei in demselben Maße, wie ihre wirkliche Macht wächst. Kann also eine Demonstration keinen unmittelbaren Erfolg haben, legt sie aber der Partei Opfer auf, die ganz außer Verhältnis zu dem zu erwartenden Vorteil stehen, dann muß sie beides in Einklang zu bringen suchen, um so mehr, da einer großen Partei die Opfer eines Kampfes Verpflichtungen zur Hilfe auferlegen, die an eine schwache Partei nicht entfernt in gleichem Verhältnis gestellt werden.

Das Entscheidende aber ist, daß, vor die Frage gestellt, wie ein bestimmter Zweck erreicht werden kann: ob mit einem Mittel, das sicher große Opfer, aber fast ebenso sicher zunächst keinen Erfolg, oder mit einem Mittel, das verhältnismäßig geringe Opfer, aber einen gewissen Erfolg verspricht, man das letztere wählt. Mit anderen Worten: habe ich die Möglichkeit, mit dem Stimmzettel wahrscheinlich zu erreichen, was ich mit der Demonstration wahrscheinlich nicht erreiche oder sehr viel später und schwerer erreiche, so greife ich zu dem ersteren und tue das zweite nur, um mein Solidaritätsgefühl zu bekunden, und damit vielleicht einem andern zu verschaffen, was ich selbst bereits besitze.

Behel schließt seinen Artikel, nachdem er auf die Maiafeier in Österreich eingegangen und sie mit den politischen, wirtschaftlichen und religiösen Zuständen dieses Staates zu erklären versucht hat, folgendermaßen:

Ob die österreichische Sozialdemokratie fernerhin ihre bisherige Stellung in der Maiafeierfrage erhalten kann, wird sie selbst am besten zu entscheiden wissen. Wahr ist, daß der Beschluß des Berliner Parteitags ihre bisherige Stellung wesentlich verschlechterte und daß, wenn die Arbeiter irgend eines Landes Ursache haben, sich über die Deutschen zu beklagen, es nur die Österreicher sind. Aber das konnte die Deutschen nicht verhindern, den Beschluß zu fassen, den sie für sich taktisch allein für richtig hielten. Aber

auch in anderer Beziehung hat sich die Lage der österreichischen Sozialdemokratie der bisher gewohnten Art der Maifeier gegenüber ungünstiger gestaltet. Die Krise, die Deutschland und die ganze Kulturwelt erfaßt hat, wüthet auch in Oesterreich. Arbeitslosigkeit und daraus hervorgehendes Überangebot von „Händen“ ist auch in Oesterreich im Überfluß vorhanden. Das ist kein Zeitpunkt, in dem eine politische Partei wie die Sozialdemokratie, will sie nicht in ihr Verderben rennen, eine Kraftprobe mit ihren Gegnern aufnehmen kann. Hartnäckiges Festhalten an einem Beschluß, weil derselbe einmal gefaßt wurde und früher durchführbar war, wäre ein Fehler, und in der Politik ist nach Talleyrand ein Fehler schlimmer als ein Verbrechen. Das gilt nicht bloß von den Fehlern der Regierungen, sondern auch von den Fehlern der Parteien. Das wird man überall beherzigen müssen, wo man vor der Frage steht, ob man eine im Vormarsch begriffene Armee offenen Auges einer Niederlage auch noch dann entgegenführen will, nachdem ein Hindernis sich gezeigt hat, das zunächst als unübersteigbar angesehen werden muß. Die Gegner werden bereitwillig einen Kampf aufnehmen, in dem sie so sicher und ohne Mühe und Schaden zu siegen vermögen.

Die Zeiten sind ernst, und sie werden täglich ernster. Und da entsteht weiter die Frage, ob ich in solcher Zeit für eine Sache Opfer ohne Zahl bringen darf, die unter der Ungunst der Umstände keine Aussicht auf Erfolg hat, wenn ich mich dadurch für Kämpfe schwäche, die gegebenenfalls auf einem anderen Gebiete ganz andere Erfolge in Aussicht stellen. Videant consules, ne quid res publica detrimenti capiat. (Die Konsule sollen achtgeben, daß das Gemeinwesen keinen Schaden leidet.)

Diese Mahnung Bebel's im logischen Zusammenhang seines damaligen Auffsatzes, klingt aber in den Ruf aus:

**Führer gebt Acht, daß durch Befolgung und Aufrechterhaltung undurchführbarer Beschlüsse die Sache der Arbeiter nicht geschädigt wird!**

Diese auch heute noch zeitgemäße Warnung hatte aber nicht den mindesten Erfolg. Weder zeitigte der Auffsatz Bebel's eine klärende Diskussion, noch anerkannte der folgende internationale Arbeiterkongreß in Zürich die bestehenden Schwierigkeiten einer einheitlichen Maifeier.

## **Die Maifeier auf dem internationalen Kongreß in Zürich 1893.**

Wer sich der Hoffnung hingegeben, daß auf diesem Kongreß die Durchführbarkeit der allgemeinen Arbeitsruhe am 1. Mai gründlich erwogen würde, erlebte eine ganz ungeheure Enttäuschung. Die Frage wurde wohl behandelt, aber es stand für eine eingehende Behandlung recht wenig Zeit zur Verfügung. Drei Tage gingen dem Kongreß durch die Auseinandersetzungen mit den Anarchisten und unabhängigen Sozialisten über deren Zulassung zum Kongreß verloren und als der Kongreß dann am vierten Tage sich mit Punkt 1 der Tagesordnung, „Maßregeln zur internationalen Durchführung des Achtstundentages“ beschäftigen wollte, war die Kommission für die Maifeier mit ihren Arbeiten noch nicht genügend voran. Es mußte erst noch ein anderer Punkt der Tagesordnung vorweggenommen werden

und so konnte die Maifeier erst am sechsten Tage zur Verhandlung gestellt werden. Dies geschah aber mit der ausdrücklichen Mahnung des Vorsitzenden Volders-Brüssel, sich kurz zu fassen, da nur noch zwei Tage für die Verhandlungen zur Verfügung ständen und die Zahl der Beratungsgegenstände groß wäre.

Dr. Adler-Wien legte namens der Kommission eine Resolution vor, die die Maifeierfrage regeln sollte. Zur Begründung führte er aus, daß der Kommission eine Anzahl Anträge vorgelegen hatten, die sich dahin aussprachen, daß die Maifeier nicht nur eine Demonstration für den Achtfundentag, sondern auch für den Völkerfrieden sein soll. Außerdem lag ein Antrag der Oesterreicher vor, der sich auf die Form der Maifeier bezog.

Für die Friedensdemonstration sprachen eine Reihe Anträge aus Frankreich. Die Oesterreicher, Belgier, Italiener usw. sahen die Notwendigkeit einer solchen Demonstration nicht ein, weil der 1. Mai an sich die mächtigste Friedensdemonstration darstellt. Die Engländer traten dafür ein, daß die Maifeier mit dieser Friedensdemonstration verbunden wird, und überraschten den Kongreß damit, daß die Trades-Unions diesmal entschlossen sind, die Arbeitsruhe am 1. Mai eintreten zu lassen. Auf den Antrag der Oesterreicher eingehend, führt Adler aus:

Wir Oesterreicher beantragen, daß der Brüsseler Beschluß in bezug auf die Arbeitsruhe auf den 1. Mai nicht nur erneuert, sondern in der Form verschärft werde. Es scheint uns, als nähmen es verschiedene Länder zu leicht mit dem, was möglich und was nicht möglich ist am 1. Mai. Der agitatorische Charakter des 1. Mai als einer wirklich proletarischen und revolutionären Demonstration kann allein erhalten werden durch die Arbeitsruhe. Das sprach der Brüsseler Beschluß aus. Die Engländer, die dagegen gestimmt hatten, erklärten, sich fügen zu wollen. Trotzdem verlegten sie nicht einmal die Feier auf den 1. Mai, sondern wieder auf den ersten Sonntag im Mai. Deutschland zählte von vorneherein zu den Ländern, wo die Arbeitsruhe unmöglich ist. In Frankreich war zwar in Paris die Arbeitsruhe gering, in der Provinz aber wurde der 1. Mai ausgiebig und würdig gefeiert. Die Sache liegt jetzt so: machen wir nicht einen Schritt vorwärts, so wird die Maifeier einschlafen. In ihr aber sehen wir Oesterreicher den mächtigsten Hebel der Agitation, das beste Mittel zur Aufwühlung des Proletariats. . . . Darum sind wir der Ansicht, daß man es jenen Ländern, die andere Methoden der Demonstration besitzen, nicht zu leicht machen dürfe mit dem 1. Mai. Wir Oesterreicher sind durch das Verhalten der Ausländer, besonders der Deutschen, schwer geschädigt worden in unserer Agitation. . . . Um so mehr hat es mich gefreut, daß von deutscher Seite der Antrag auf Arbeitsruhe in der Kommission gestellt wurde, den wir hier bringen und dem sich die Schweiz, Italien und England angeschlossen haben. Von nun an wird ja auch England am 1. Mai Arbeitsruhe haben. Da ist es sehr möglich, daß dort bald eine größere Maifeier zustande kommt, als in Deutschland. Wird unser Antrag angenommen, so steht der Brüsseler Beschluß aufrecht: Arbeitsruhe dort, wo es nicht unmöglich ist. Aber jeder Partei wird es außerdem als Pflicht auferlegt, dort, wo die Arbeitsruhe heute noch nicht möglich ist, es möglich zu machen. Die Deutschen sollen sich ihrer Pflicht bewußt werden, daß es nicht mit der bloßen Erklärung: Es geht nicht, abgemacht sein darf. . . .

Adler weist noch darauf hin, daß die Parteien aller Länder sich an diesen Beschluß halten müssen und schließt mit den Worten:

Wenn wir die Maifeier als vorzügliches Agitationsmittel anerkannt haben, so entspringt das nicht der Phantasie, sondern der Realität. Der Kopf ist gewiß eine wichtige Sache, aber das Gefühl der internationalen Solidarität, das die Maifeier im letzten Proletarier weckt, dem wir mit unsern Argumenten gar nicht beikommen, dieses Gefühlsmoment ist auch eine Realität. Wir wären ebenso schlechte Politiker, wenn wir den Kopf, als wenn wir das Herz vernachlässigen wollten.

Aus diesen Ausführungen Adlers geht hervor, daß es deutsche Delegierte waren, die in der Kommission den Antrag auf Arbeitsruhe einbrachten und daß dann die anderen Länder sich dem anschlossen. Sogar die Engländer taten dies, aber die von Adler für England erhoffte größere Arbeitsruhe ist bis heute nicht eingetreten.

Der Vertreter der unabhängigen Arbeiter-Partei in England, Maxwell, sprach auch im Namen der englischen Majorität für die Resolution und hob hervor, daß man bis jetzt aus Rücksicht auf die großen Gewerkschaften die Feier am Sonntag abgehalten habe, daß es aber nun Zeit sei, davon abzusehen. Ein anderer englischer Delegierter, Steadam, vom Londoner Gewerkschaftsrat, sprach für die Beibehaltung der Feier am ersten Sonntag. Er begründet dies damit, daß diese Demonstrationen am Sonntag so gewaltig sind, daß sie nicht nur Eindruck auf die Bevölkerung machen, sondern auch auf die größten englischen Parteien. Es seien praktische Gründe, die sie für diese Form der Maifeier einzutreten veranlassen.

Bebel gab zu, daß darüber Meinungsverschiedenheiten entstehen können, welche Form der Maifeier in dem einzelnen Fall zu wählen sei. Aber man müsse doch in jede Nation das Vertrauen setzen, daß sie selber am besten zu beurteilen verstehe, wie diese Entscheidung zu treffen ist. Er hob hervor, daß auf dem Berliner Parteitag der deutschen Sozialdemokratie, an dem Adler teilgenommen habe und für die Arbeitsruhe eintrat, diese Frage eingehend diskutiert worden sei, und trotzdem mit 223 gegen 6 Stimmen (soll wohl heißen 235 gegen 5) beschlossen worden sei, von der Arbeitsruhe am 1. Mai abzusehen. Redner betont, daß sich jeder Parteitag das Recht vorbehalten müsse, von Fall zu Fall nach Lage der Verhältnisse im eigenen Lande zu beschließen, wie die Maifeier abgehalten werden soll. Weil dies der Fall sei, könne die deutsche Delegation unter keinen Umständen für den zweiten Teil der Resolution stimmen, der verlangt, daß die Sozialdemokratie eines jeden Landes verpflichtet ist für die Durchführung der Arbeitsruhe einzutreten und jeden Versuch zu unterstützen, der an einzelnen Orten von einzelnen Organisationen in dieser Richtung gemacht wird. Bebel stellt fest, daß der zweite Teil dieser Resolution im Widerspruch mit dem ersten Teil der Brüsseler Resolution stehe. Er führt hierüber aus:

In Brüssel wurde ausdrücklich jeder Nation das Recht zugestanden, die Form der Feier selbst zu entscheiden. Sie wiederholen heute diesen Beschluß und wollen hinterher gleich jedem Lande die Verpflichtung auferlegen, die Feier in einer ganz bestimmten Form zu begehen. Das ist unbenutzbar. Wie gestaltet sich diese Frage in der Praxis? Man nehme an, in einer Versammlung beschließt ein kleiner Teil die Arbeitsruhe; die große

Mehrheit ist dagegen; auch der Parteitag hat einen gegenteiligen Beschluß gefaßt. Was ist nun die Folge? Nach dieser Resolution muß die Majorität der Minderheit sich fügen, wider alle bessere Überzeugung Beschlüsse zur Ausführung bringen, die man als falsch, als schädlich erkannt hat. Das ist geradezu ein Bruch der Parteidisziplin. Und die Partei muß nicht nur die moralische, sondern auch die finanzielle Verantwortung dafür übernehmen. Tausende von Arbeitern werden existenzlos, auf die Straße geworfen; andere wegen Kontraktbruch gerichtlich bestraft. Und nach einem Gesetz aus dem Jahre 1891, das geradezu für diesen Zweck ausgearbeitet worden, werden Tausende von deutschen Arbeitern noch dazu mit dem Verluste eines ganzen Wochenlohnes bestraft. Wir haben also dann die Verpflichtung, alle diese Opfer materiell zu unterstützen.

Wenn in Deutschland der Beschluß der Arbeitsruhe gefaßt wird, dann haben wir auch die Verpflichtung, daß dieser Beschluß in würdiger Form durchgeführt wird. Und dann wird eine Schlacht mit der Bourgeoisie und Regierung entbrennen wie in keinem andern Lande der Welt. Nehmen wir aber diesen Kampf einmal auf, dann wollen wir auch den Tag der Schlacht selber wählen.

Nun klagen die Österreicher uns an, daß wir ihnen durch unsern Standpunkt ihren Kampf erschwert haben. Ich habe das immer anerkannt und lebhaft bedauert. Aber so weit dürfen wir die Selbstverleugnung doch nicht treiben, daß wir, bloß um ihnen ihren Kampf zu erleichtern, unsere eigene Partei und deren Lebensinteresse aufs schwerste schädigen. Wie sie, müssen auch wir hierbei unsere eigenen Wege gehen.

Wir haben hierin auch unsere Erfahrungen: 1890 hat eine Stadt, wo unsere Parteigenossen am besten diszipliniert sind, über die geschloffensten und stärksten Organisationen und die reichsten Mittel verfügen, die Arbeitsruhe am 1. Mai durchzuführen gesucht. Der Versuch mußte mit schweren Opfern bezahlt werden und hat uns gelehrt, daß die Opfer in absolutem Mißverhältnis zum Erfolg stehen, nicht bloß zum erreichten, sondern erreichbaren. Und wie in Hamburg, so ist es überall.

Noch eines: Wir haben in Deutschland zirka  $\frac{3}{4}$  Millionen Staatsarbeiter im Eisenbahn- und Postbetrieb, in den Bergwerken usw. Alle diese Hunderttausende sind infolge der dort gehandhabten Disziplin unmöglich in der Lage, einen solchen Beschluß durchzuführen. Andererseits gebe es große Bezirke in Deutschland, wo unsere Partei stark vertreten, wo wir aber angesichts der traurigen Erwerbsverhältnisse den Arbeitern die Arbeitsruhe einfach nicht zumuten können.

Von der deutschen Delegation werden also höchstens ein paar Delegierte diesem Beschlusse zustimmen. Ganz unannehmbar ist die vorliegende Fassung des 3. Punktes der Resolution, daß die Klassenunterschiede durch das Mittel der „sozialen Revolution“ beseitigt werden sollen. Damit wäre einfach für eine ganze Reihe deutscher Staaten die Maifeier gesehlich unmöglich.

Schumier-Österreich bedauert, daß, nachdem die Engländer in ihrer Majorität für die Arbeitsruhe sind, die deutsche Partei, die sonst vorgibt, an der Spitze der Arbeiterbewegung zu marschieren, hier im Hintertreffen bleibt. Er bedauert dies um so lebhafter, wenn bei den innigen Beziehungen, die zwischen der deutschen und der österreichischen Partei bestehen, dieser Standpunkt beibehalten wird, und sie nicht einmal den Mut hat, den Versuch der Arbeitsruhe zu wagen.

Es wird dann die dem Kongreß vorgeschlagene, etwas abgeänderte Resolution in folgender Fassung angenommen:

1. Der Kongreß erneuert den Beschluß der Brüsseler Konferenz, welcher lautet:

„Um dem 1. Mai seinen bestimmten ökonomischen Charakter: der Forderung des Achstundentages und der Befundung des Klassenkampfes, zu wahren,

beschließt der Kongreß:

Der 1. Mai ist ein gemeinsamer Demonstrationstag der Arbeiter aller Länder, an dem die Arbeiter die Gemeinsamkeit ihrer Forderungen und ihre Solidarität bekunden sollen.

Dieser Demonstrationstag soll ein Ruhetag sein, soweit dies durch die Zustände in den einzelnen Ländern nicht unmöglich gemacht wird.“

2. Der Kongreß beschließt folgenden Zusatz: „Die Sozialdemokratie jedes Landes hat die Pflicht, die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai anzustreben, und jeden Versuch zu unterstützen, der an einzelnen Orten oder von einzelnen Organisationen in dieser Richtung gemacht wird.“

3. Der Kongreß beschließt ferner: „Die Kundgebung des 1. Mai für den Achstundentag soll zugleich eine Kundgebung des festen Willens der Arbeiterklasse sein, durch die soziale Umgestaltung die Klassenunterschiede zu beseitigen, und so den einzigen Weg zu betreten, der zum Frieden innerhalb jedes Volkes, wie zum internationalen Frieden führt.“

Nach Vorschlag Bebel's erfolgt getrennte Abstimmung. Punkt 1 und 3 werden per Akklamation einstimmig angenommen. Bei Punkt 2 erfolgt Nationalitätenabstimmung; für die Resolution stimmen: Holland, Österreich, England (Majorität), Amerika, Italien, Spanien, Rumänien, Serbien, Belgien, Frankreich, Schweiz, Ungarn, Polen (5 dafür, 3 dagegen). Gegen dieselbe Deutschland (mit 90 gegen 8), Dänemark, Bulgarien, Rußland. Der Stimmabgabe enthalten sich Schweden und Australien.

Nach der Abstimmung erklärt Singer im Namen der deutschen Delegation zu Protokoll, daß die eben behandelte Resolution in den verschiedenen Sprachen verschieden laute. Wäre der deutschen Delegation derselbe Wortlaut zur Abstimmung vorgelegt worden, wie der englischen, so hätte die deutsche Delegation einstimmig dafür gestimmt. Während der deutsche Text davon spreche, daß jeder einzelne Versuch jeder einzelnen Gewerkschaft an jedem einzelnen Orte unterstützt werden müsse, begnüge sich die englische Übersetzung mit folgender Form:

Es ist die Pflicht der Sozialdemokratie jedes Landes, die Feier des 1. Mai als einen Tag der Arbeitsruhe zu erstreben und die lokalen Organisationen in ihren Bestrebungen nach dieser Richtung hin zu unterstützen.

Ähnlich lautet der französische Text. Im 3. Absatz der Resolution fehlen in der englischen Übersetzung die Worte, daß „durch die soziale Revolution“ die Klassenunterschiede zu beseitigen seien. Weiter erklärt Singer, daß auch die deutschen Genossen im Prinzip der Arbeitsruhe ebenso herzlich und aufrichtig zustimmen, wie die Österreicher und andere Nationen, aber wir können uns nicht von irgend einem einzelnen Vorschristen in dieser Richtung machen lassen.

Dies die Behandlung der Maifeierfrage auf dem internationalen Kongreß in Zürich, es wurde nicht beschlossen, den 1. Mai unter allen Umständen durch Arbeitsruhe zu feiern, sondern, „soweit dies durch die Zustände in den einzelnen Länder nicht unmöglich gemacht wird.“ Unmöglich ist die Arbeitsruhe nirgends, denn die Unternehmer besitzen nicht die Möglichkeit, die Arbeiter zu zwingen, am

1. Mai zu arbeiten. Die Folgen einer solchen „möglichen“ Maifeier sind: Geldstrafen, Aussperrungen, Entlassungen, schwarze Listen, langwierige Streiks; also große Opfer an Geld und Existenzen. —

Diese Möglichkeit, die Maifeier zu begehen, wird in Deutschland alljährlich versucht, trotzdem die deutschen Delegierten in ihrer Majorität gegen den Punkt 2 der Resolution stimmten, und damit auch die Verantwortung für die eventuell durch die Arbeitsruhe entstehenden Opfer aller Art zurückwiesen.

## Die Maifeier auf dem Parteitag in Köln.

Trotzdem der internationale Kongreß in der Maifeierfrage eine verschärfte Stellung eingenommen hatte, konnte nach Lage der Sache die deutsche Partei die Arbeitsruhe nicht empfehlen. Auf dem Kölner Parteitag brachte der Referent Liebknecht folgende Resolution ein:

Gemäß den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse von Paris (1889), Brüssel (1891) und Zürich (1893) begehrt die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der internationalen Verbrüderung, dem Weltfrieden. Zur würdigen Feier des 1. Mai erstreben wir die allgemeine Arbeitsruhe. Da aber deren Durchführung bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage in Deutschland zurzeit nicht möglich ist, so empfiehlt der Parteitag, daß nur diejenigen Arbeiter und Arbeiterorganisationen, die ohne Schädigung der Arbeiterinteressen dazu imstande sind, neben den anderen Kundgebungen den 1. Mai auch durch die Arbeitsruhe feiern.

In der Begründung dieser Resolution gab Liebknecht einen geschichtlichen Überblick über die Maifeier und betonte darin ausdrücklich, daß auf dem internationalen Kongreß in Paris 1889 von einer Aufforderung, die Arbeit ruhen zu lassen, keine Rede war. Dieser Gedanke sei erst später hineingetragen worden. Er sagte:

Von einer Aufforderung, die Arbeit ruhen zu lassen, ist keine Rede gewesen. Der Gedanke der Arbeitsruhe ist erst nachträglich hineingebracht worden. Ich habe dem Pariser Kongreß selbst vorgelesen, und wenn von seiten der Antragsteller die Absicht einer allgemeinen Arbeitsruhe auch nur angedeutet worden wäre, so würde ich protestiert und die Masse der deutschen Arbeiter mich darin unterstützt haben, ebenso wie die Vertreter aller anderen Länder, die starke organisierte Arbeitermassen haben. Daß es in Deutschland zu Streitigkeiten über diese Frage kam, hat seinen Grund darin, daß von einem Feiertag und von einer Feier des 1. Mai gesprochen wurde, und durch ein Mißverständnis, in Folge der doppelten Bedeutung des deutschen Wortes: „Feier“, „feiern“, ist der Glaube entstanden, es sei in Paris nicht bloß eine Feier in dem Sinne feierlichen Begehens des Tages, sondern im Sinne eines Feierns der Arbeit, d. h. der Arbeitsruhe, beschlossen worden. Dieses Mißverständnis kam in Deutschland schon unmittelbar nach dem Pariser Kongreß auf, da aber der damals schon in sicherer Aussicht stehende Wahlkampf Ende 1889 und Anfang 1890 uns ganz in Anspruch nahm, wurde man — von mir selbst kann ich es mit Bestimmtheit sagen — auf dieses Mißverständnis erst aufmerksam, als an vielen Orten für die Arbeitsruhe bereits Beschlüsse gefaßt worden waren, welche die Parteigenossen banden.

Gegen das Datum des 1. Mai tauchte damals noch nirgends ein Bedenken auf. Nachdem die Wahl vorüber, war eine der ersten Handlungen

der Reichstagsfraktion, die aus den Neuwahlen hervorgegangen war, daß sie von Halle aus einen Aufruf erließ, in welchem darauf hingewiesen wurde, daß die Arbeitsruhe in Paris nicht beschlossen und daß bei der ungünstigen wirtschaftlichen Lage an ein Erzingen der Arbeitsruhe nicht zu denken sei, sondern daß ein solcher Schritt, zu einem den Gegnern günstigen Zeitpunkt allgemein unternommen, höchstens von den Gegnern benutzt werden würde, um es zu einer großen Klassenschlacht kommen zu lassen, in der unsere Niederlage absolut sicher war, so daß unser gewaltiger Wahlsieg in einen Triumph der Bourgeoisie verwandelt worden wäre. Wir rieten daher, ohne den Gedanken der Arbeitsruhe prinzipiell aufzugeben, in unserem Aufruf von ihr ab überall da, wo durch sie schwere Konflikte mit dem Unternehmertum heraufbeschworen werden könnten. . . .

Wir standen also damals schon auf dem Standpunkte, welcher noch heute von der Masse der Parteigenossen eingenommen wird und welcher seinen Ausdruck auf den späteren internationalen Kongressen und auch in der Ihnen vorgeschlagenen Resolution gefunden hat.

In seinen weiteren Ausführungen tritt Liebknecht dafür ein, daß die Feier am Abend des 1. Mai vorgenommen werden soll, und fährt dann fort:

Glücklicherweise haben die Dinge sich so gestaltet, daß der Gedanke, das Fest auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen, jetzt, nach der Entscheidung von zwei internationalen Kongressen, auch in Deutschland verlassen ist. Unter den uns hier vorliegenden Vorschlägen greift nur ein einziger noch zurück auf die Feier am ersten Sonntag im Mai. Und das war der einzige Differenzpunkt, der noch zwischen den verschiedenen Nationen bestand; jetzt ist er ausgehoben; damals aber erhoben Franzosen, Österreicher, Amerikaner gegen die Deutschen die Anklage, wir hätten mit ihrem Vorschlage einem Konflikt mit dem Unternehmertum aus dem Wege gehen wollen, wir seien politische Geisetreter, Opportunisten usw. Man bedachte hierbei nicht, daß die gewerkschaftlich stärkste Nation, die englische, gleicher Anschauung war und den ersten Sonntag bereits tatsächlich feiert. Wie dem sei, der deutsche Vorschlag wurde auf dem zweiten internationalen Kongresse zu Brüssel bestätigt, und unser Berliner Parteitag im vorigen Jahre hat durch eine namentliche Abstimmung bewiesen, daß die große Majorität der deutschen Genossen für die Feier am 1. Mai ist. . . .

Liebknecht geht dann auf den Absatz 2 der Züricher Resolution ein und schildert die Umstände, unter denen diese Resolution in Zürich zustande kam. Diese Ausführungen zeigen, wie flüchtig auf solchen Kongressen gearbeitet wird und wie verschieden eine solche Resolution in den verschiedenen Sprachen wirken kann. Wir geben sie hier wieder:

Wir Deutsche haben einstimmig erklärt, daß wir für den Zusatz in dieser Form nicht stimmen können, weil wir uns dadurch verpflichten würden, für jeden Versuch, der in Richtung der Arbeitsruhe gemacht wird, solidarisch mit der ganzen Macht der Partei einzutreten; jeder tollkühne Versuch irgendeines mehr enthusiastischen als klugen Genossen werde dann die Partei in einen allgemeinen Kampf verwickeln, und diese Verantwortlichkeit könnten wir nicht übernehmen. Mit einem Wort: der Beschluß war für uns unannehmbar, er hätte tatsächlich den Generalstreik für den 1. Mai proklamiert, und das konnten wir mit unserem Gewissen und unserer Pflicht, angesichts der tatsächlichen Verhältnisse, nicht vereinigen. Die Frage der Arbeitsruhe haben wir ja gleich bei der ersten Matffeter zu erprobten Gelegenheit gehabt. Die Hamburger hatten sich vor dem 1. Mai tatsächlich gebunden — infolge der eben besprochenen mißverständlichen Auffassung des Wortes „Feier“. Als es klar wurde, daß die Arbeitgeber sie in eine Falle locken wollten, war es den Besonnenen nicht mehr möglich, die erbitterten Massen zurückzuhalten. Die Hamburger organisierte Arbeiterschaft nahm

den Streik auf, und sie ist die bestorganisierte in ganz Deutschland; die ganze übrige Partei stand hinter ihr. Haben wir siegen können? Nein! Es war bei der ökonomischen Lage eine einfache Unmöglichkeit. Wir erlagen, und welche Opfer waren umsonst gebracht! Und nun denke man, wir hätten in ganz Deutschland den Kampf aufgenommen! Eine Dummheit darf man einmal machen — das kann jedem geschehen —, sie darf aber nicht wiederholt werden, das ist unverzeihlich! Die Führer — um das Wort einmal zu gebrauchen — würden gewissenlos handeln, wie Generale gewissenlos handeln, die ihre Truppen in die Bajonnette der Feinde hineintreiben wollten. Die deutsche Sozialdemokratie wurde wegen ihrer besonnenen Haltung von den Gegnern verspottet, verhöhnt, aber diesen Spott und Hohn können wir im Bewußtsein unserer Stärke leicht ertragen. Bald fanden wir in Zürich, daß wir Deutschen mit unserer Auffassung nicht allein standen. Die Engländer, die zum ersten Male sich entschlossen hatten, im Interesse der internationalen Solidarität den 1. Mai als Tag der Feier anzunehmen, erklärten in der Kommission, mit dem Eintreten für jeden Versuch, die Arbeitsruhe zu erzwingen, sei dem Interesse des organisierten Proletariats nicht gedient, und in der englischen Fassung des Beschlusses wurde dieser Auffassung Rechnung getragen.

Es lagen tatsächlich zwei Fassungen der Resolution vor. Ich, der ich nicht in der betreffenden Kommission war, bin erst sehr spät dahinter gekommen, und keiner von uns hatte eine Ahnung — sonst wäre es verhindert worden. Beiläufig sieht man hieraus, wie groß die Schwierigkeiten der sprachlichen Verständigung auf einem internationalen Kongreß sind, wie wir sie nur durch einen genügenden Stab zuverlässiger Dolmetscher überwinden können, und wie begründet unsre dahinzielende im „Vorwärts“ gestellte Forderung war. Bei besserer sprachlicher Verständigung hätten diese Differenzen gar nicht entstehen können. Die deutsche Fassung kennen Sie. Hören Sie nun die englische. Sie lautet in wörtlicher Übersetzung:

„Es ist Pflicht der Sozialdemokratie jedes Landes, zu streben nach (to strive for) einer Feier des 1. Mai als eines Tages der Ruhe von der Arbeit, und die lokalen Organisationen in ihren Bemühungen (endeavours) in dieser Richtung zu unterstützen.“

Im deutschen Text: „Versuch“, im englischen „Bemühung“. Nun ist, was ich nicht auszuführen brauche, zwischen „Bemühung“ und „Versuch“ ein himmelweiter Unterschied. Bemühung ist keine konkrete Handlung, ist schon gleichbedeutend mit Agitation, der Versuch aber ist eine konkrete Tatsache — schon ein irgendwo gefaßter Beschluß, irgendein Vorgehen. Kurz, die deutsche Partei wäre gezwungen, jedem einzelnen nachzuschpringen, der ins Wasser springt, und ihn herauszuholen. In der englischen Fassung waren wir bereit, die Resolution anzunehmen; das hat Singer ausdrücklich in Zürich erklärt. Da wurde uns aber bemerkt, daß der deutsche Text die wörtliche Übersetzung des maßgebenden französischen Originaltextes sei, und das ist richtig. In diesem steht „tentative“ — Versuch; während für die Engländer, die sonst nicht zu haben waren, eine andere Lesart gewählt worden, nämlich „endeavour“, die die Engländer befriedigte und auch, wie gesagt, uns befriedigt hätte.

Die Resolution, die wir Ihnen für den Parteitag vorschlagen, schließt sich genau dem Züricher Beschluß an. Sie läßt die Frage, ob 1. Mai oder erster Sonntag im Mai, vollkommen links liegen. — Die Frage gilt für uns für abgetan, — wir erklären nicht einmal, daß da, wo am 1. Mai die Feier sich nicht genügend bewerkstelligen läßt, sie am folgenden Sonntag nachgeholt werden kann. Eine solche Bestimmung würde eine Hintertür offen lassen und unserer Resolution das Gepräge eines schwächlichen Kompromisses aufdrücken. Ferner — und dadurch unterscheidet sich die Resolution von unserem vorjährigen Beschluß — stützen wir uns auf die sämtlichen früheren internationalen Kongresse und haben den Zweck der Feier erweitert. Wir sprechen nicht bloß vom Achtundentag und dem Arbeiterschutz, sondern im allgemeinen von den Klassenforderungen der Arbeiter, und

haben außerdem dem Gedanken der internationalen Verbrüderung und des Weltfriedens Ausdruck gegeben, gemäß dem Beschlusse des Kongresses in Zürich. Dann sagen wir nicht bloß platonisch, daß wir die Arbeitsruhe prinzipiell als die würdigste Form der Feier anerkennen, wir sind weiter gegangen und haben den Beschluß ihrer Substanz nach aufgenommen. Wir erstreben die Arbeitsruhe und haben den Sinn der englischen Ausdrücke „endeavour“ und „strive for“ unserer Resolution einverleibt.

Und nun zum Schlußsatz der vorgeschlagenen Resolution. Wir können die allgemeine Arbeitsruhe nicht empfehlen, noch weniger dazu auffordern. Wenn wir schon vor zweieinhalb Jahren den Arbeitern von dem Versuch, die allgemeine Arbeitsruhe zu erzwingen, den Kampf mit dem Unternehmertum aufzunehmen, wegen der schlimmen Geschäftslage abraten mußten, so ist das heute doppelt eine Notwendigkeit und unsere Pflicht. Die Geschäftslage ist seitdem noch eine weit schlimmere geworden und zwar durchweg in allen Ländern. Es ist eine internationale und chronische Krise, die industrielle Reservearmee ist durch die Arbeitslosigkeit so kolossal angeschwollen, daß jede Lücke, die durch das Wegbleiben der organisierten Arbeiterschaft entsteht, augenblicklich über und über ausgefüllt werden kann. Wie hoffnungslos ein Generalstreik, eine Generalkraftprobe jetzt wäre, das erhellt für jeden Denkenden aus der Tatsache, daß in den letzten zwei Jahren alle großen Streiks in Europa angezettelt und provoziert worden sind, durch die Arbeitgeber, in der Erkenntnis der Tatsache, daß ihnen die Umstände günstig, den Arbeitern ungünstig sind, und in der sicheren Erwartung, die Arbeiterorganisationen zu schwächen oder zu zerstören. Und in der Tat, in ihrem Klasseninteresse können die Unternehmer nichts Besseres tun, als die Arbeiter zu einem Kampf zu verleiten, der ihre Kräfte aufzehrt. Kurz, die Arbeitgeber haben zurzeit im Klassenkampf das Heft in den Händen, und sie beherrschen die Lage vollständig. Und sie wissen das. Sie haben den Instinkt der Macht, der dem Besitz der Macht entspringt, zwar nicht das Amt, aber die Macht gibt Verstand — die Einsicht dessen, was nützlich ist, und diese Einsicht ist bei den herrschenden Klassen viel schärfer entwickelt und viel allgemeiner, als bei der Arbeiterklasse, die erst empfortstrebt. Wer hat in Deutschland am meisten zum Streik am 1. Mai geheßt? Haben nicht nach dem Pariser Kongreß monatelang vor dem 1. Mai 1890 unsere Fabrikantenblätter die Arbeiter gehöhnt, sie erbärmliche Feiglinge geschimpft, die sich nicht herauswagten? Und das hat sich seitdem vor jedem 1. Mai wiederholt. Dies beweist, daß die Handlung, zu der sie uns provozieren wollten, im Interesse unserer Feinde war. — Da mag man wohl die Zähne zusammenbeißen — aber freilich, wenn uns Feigheit vorgeworfen wird, von der allerfeigsten Bourgeoisie der Welt, dann können wir nur lachen. Junge Truppen, die so gereizt werden, kann man nicht immer abhalten, sich in die Schlacht zu stürzen und dahin zu stürmen, wohin der Gegner sie haben will; altgediente erprobte Truppen, wie die unfrigen, gehen nicht in eine solche Falle. Wenn wir die Schlacht annehmen oder anbieten, dann geschieht es in dem Momente, wo wir zwar nicht den Sieg verbrieft in der Tasche haben, wie man höhrend sagt, aber wo wir wissen, daß die Feinde ihn nicht in der Tasche haben. Das ist der Standpunkt, auf dem wir damals standen, auf dem wir heute noch stehen.

Die Frage der Arbeitsruhe am 1. Mai fällt — das sagte ich schon — unter den obwaltenden Verhältnissen mit der Frage des Generalstreiks tatsächlich zusammen. Unsere Gegner würden den Kampf, der an einem Punkte ausbräche, sofort zu einem allgemeinen machen; der Generalstreik für ein Land, oder gar der Weltstreik aber ist ein Unsinn, das hat der Pariser und das hat auch der Züricher Kongreß einstimmig ausgesprochen. Dort sagt man: wenn wir einmal die Macht haben, alle Räder stillstellen zu machen, dann haben wir auch die Macht, die heutige Gesellschaft in Scherben zu zer schlagen, oder richtiger, sie in eine sozialistische Gesellschaft umzugestalten; und können wir das, dann lassen wir die Räder nicht „stillstehen“, sondern im Gegenteil noch

viel mehr arbeiten, aber nicht im Interesse einzelner weniger, sondern im Interesse der Gesamtheit. Der Gedanke des allgemeinen Streiks muß als unsinnig verworfen werden. „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will“, ist das Schlagwort derer, welche die Gesamtlage nicht übersehen. Gut, in Deutschland sind einige hunderttausend Arbeiter organisiert, aber der deutschen Arbeiter sind Millionen. Wird heute der allgemeine Streik verkündet, so treiben wir gerade die Besten, die Tüchtigsten, die Organisierten, in einen hoffnungslosen Kampf. Hat denn das Proletariat einen Arm? Es hat Millionen Arme, in Deutschland 10 Millionen Doppelarme. Der eine Arm tut's, es tun auch Hunderttausende, aber die anderen Millionen? Sind sie etwa von einem Willen, von einer Erkenntnis geleitet? Nein! Die Mehrheit steht noch außerhalb der Organisation, die ganze klassenbewußte Arbeiterschaft würde in solch verrücktem Kampf eine zerschmetternde Niederlage erleiden und auf Jahrzehnte zurückgeworfen werden. Sie werden dem zustimmen, und darum bitte ich Sie, unsere Resolution anzunehmen. Mit Annahme derselben haben die deutschen Arbeiter den internationalen Verpflichtungen in vollem Maße entsprochen. Der Vorwurf, daß wir Deutsche auf internationalem Gebiete lau seien, ist uns — beiläufig — nur von solchen gemacht worden, die in bezug auf die Erfüllung der internationalen Pflichten nicht mit solcher Befriedigung auf ihre Handlungen zurückblicken können als die deutschen Sozialisten. Wir können diesen Vorwurf ebenso lächelnd über uns ergehen lassen, als wir lächeln können über den Vorwurf der Feigheit aus dem Munde unserer feigen Bourgeoisie. Nehmen Sie diese Resolution womöglich einstimmig an und sorgen Sie dafür, daß der 1. Mai allgemein würdig gefeiert wird! Mögen diejenigen, die die Arbeitsruhe durchführen können, es tun, — für sich; aber keine Aufmunterung zu tollen Versuchen darf erfolgen, für welche die Partei, um nicht geschädigt zu werden, die Verantwortung ablehnen müßte. . . .

Die Diskussion über diese Frage bot wenig Beachtenswertes, so daß der Referent im Schlußwort seine Freude ausdrückte, daß der Parteitag mit dem Sinne der Resolution einverstanden ist. Die vorgelegte Resolution wurde auch mit 192 gegen 3 Stimmen angenommen. Über dieses Resultat herrschte auf dem Parteitag und auch darüber hinaus fast allgemeine Befriedigung. Ja, es tauchte sogar die Hoffnung auf, daß die Streitfrage über die Arbeitsruhe für Deutschland entgültig beseitigt sei. Daß diese Hoffnung vorhanden war, beweist ein Artikel in der „Neuen Zeit“ vom 2. November 1893, der sich mit der Besprechung des verfloffenen Parteitages beschäftigte. Es wird dort über die Maifeier geschrieben:

Wie die Dinge in Deutschland liegen, wird der Streit um die Arbeitsruhe hoffentlich erst gar nicht wieder aufleben, der bei seiner stetigen Wiederkehr leicht dazu führen könnte, uns Deutschen die ganze Maifeier zu vereiteln und aus einem internationalen Verbrüderungsfest zu einer ewigen Ursache unersüßlicher Streitigkeiten nach innen und nach außen zu machen. — —

Die Auseinandersetzungen der letzten Jahre über die Art der Begehung der Maifeier geben dieser Befürchtung beinahe recht.

## Die Maifeier auf dem Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie 1894.

Auf dem Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie im März 1894 in Wien spielte die Maifeier der deutschen Sozialdemokratie eine Rolle. Die österreichischen Parteigenossen hatten sich bekanntlich seit der ersten Maifeier darüber aufgehalten, daß in Deutschland nicht durch allgemeine Arbeitsruhe gefeiert würde. Auf dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie 1892 in Berlin gab sich Dr. Adler ganz besondere Mühe, die Stimmung für die Arbeitsruhe zu fördern. In gleicher Weise wirkte er auch auf dem internationalen Arbeiterkongress in Zürich 1893. Die deutsche Sozialdemokratie war auf dem Parteitag in Wien 1894 durch Singer vertreten. Singer gab seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß gegen das Verhalten der deutschen Parteiangehörigen in bezug auf die Maifeierfrage von keiner Seite Einwendungen gemacht worden waren und bedauerte, daß die Maifeier in Deutschland anders begangen wurde wie die in Österreich.

Wir haben in Deutschland — so führte Singer aus — den Pariser Beschluß des internationalen Kongresses, wie ich überzeugt bin, ebenso aufgefaßt, wie die österreichischen Parteigenossen. Für uns ist die Maifeier, auch darüber kann ich keinen Zweifel lassen, nicht nur der Verkürzung der Arbeitszeit, nicht nur der Sonntagsruhe, nicht nur dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht, nicht einzelnen Dingen gewidmet, sondern die Maifeier galt in Deutschland dem großen Gedanken der Befreiung des Proletariats nach allen Beziehungen. Indem wir die Maifeier begehen, geben wir dem flammenden Protest Ausdruck, dem Protest gegenüber der heutigen kapitalistischen Gesellschaft, indem wir die Maifeier begehen, kämpfen wir nicht nur für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter, kämpfen wir nicht nur für die Erringung der politischen Rechte der Arbeiterklasse, kämpfen wir nicht nur für die Vermehrung der Rechte auf allen Gebieten des Lebens, sondern indem wir die Maifeier begehen, kämpfen wir für die kapitalistische Gesellschaft, organisieren wir den Kampf zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaft.

Diese, das ganze Parteiprogramm umfassenden Gedanken sind es, welche die deutsche Sozialdemokratie in die Maifeier hineinlegt, diese Gedanken sind es, die sie bei all ihrer Tätigkeit im Auge hat. Wir in Deutschland, die wir im Kampf gegen die Bourgeoisie, im Kampf gegen die Regierung stehen, wir in Deutschland, die, ohne die Wimper zu zucken, die zwölf Jahre des Sozialistengesetzes vertragen haben, die wir bewiesen haben, daß die große Idee der Sozialdemokratie nicht durch den Polizeiprügel totgeschlagen werden kann, benutzen jede Gelegenheit, um für die Erringung der Einzelfragen allerdings, aber immer nur im Zusammenhang mit den großen Fragen unseres Programms zu agitieren, und wenn die Maifeier in Deutschland nicht dazu benützt worden ist, um in dieser imposanten demonstrativen Form, wie die österreichischen Parteigenossen es getan haben, begangen zu werden, so hat das zum nicht unbedeutenden Teil auch darin seinen Grund, daß die Verhältnisse in Deutschland und in Österreich doch etwas verschieden sind, und so sehr wir die — wie die deutsche Sozialdemokratie in diesen drei Tagen erfahren hat — große Reihe von Verschiedenheiten, die innerhalb der Verhältnisse in Österreich sich geltend machen, würdigen, ebenso sehr würden die österreichischen Genossen, wenn sie Gelegenheit hätten, die deutschen Verhältnisse näher kennen zu lernen, mit uns begreifen, daß auch in Deutschland die Verhältnisse andere sind, und daß

infolgedessen die deutschen Verhältnisse uns auch eine andere Form der Agitation aufzwingen. . . .

Wir Deutschen, die wir aus den letzten Reichstagswahlen als die stärkste politische Partei hervorgegangen sind, haben nicht etwa nur gegen die Militärvorlage, wir haben nicht nur gegen die Vermehrung der stehenden Heere gekämpft, nein, wir haben auch gegen den Militarismus selbst gekämpft, gegen das herrschende System, mit einem Wort, für alle Forderungen, die auf dem Programm der Sozialdemokraten stehen. Das selbe, was Sie in der Maidemonstration den Gegnern zum Bewußtsein bringen wollen, das selbe bringen wir in der Wahlbewegung den Gegnern zum Bewußtsein. Jeder Sozialdemokrat, der den Stimmzettel abgibt, gibt denselben Protest ab, gegen die bürgerliche Gesellschaft, wie jeder österreichische Demonstrant am 1. Mai. . . .

. . . . Was wir gelegentlich der Wahl zum Ausdruck bringen, das sagen die eindreiviertel Millionen Stimmen, die für die Sozialdemokratie abgegeben werden, das sagt die Anwesenheit der 44 Abgeordneten im Reichstage. Ich meine, in Deutschland hat die Frage der Art der Durchführung der Maifeier nicht diesen primären Charakter wie in Oesterreich. Für Sie ist die Maidemonstration das einzige Kraftmittel, welches Sie benützen konnten, Sie mußten naturgemäß über die Durchführung der Maifeier anders denken als wir in Deutschland, die wir andere Mittel noch zur Verfügung haben. Die Situation, in der wir uns im Jahre 1890 in Deutschland gegenüber den Ausführungen des Pariser Beschlusses befanden, hat eine gewisse Ähnlichkeit mit der Situation, in der Sie sich dem Beschluß des Massentreffs gegenüber befinden. Sie können sich darauf verlassen, daß die deutschen Sozialdemokraten es gewissermaßen als eine Beleidigung empfinden müßten, hier vor Ihnen erst die Entschlossenheit der deutschen Sozialdemokraten zu verteidigen, die kein Mensch anzweifeln darf. Aber die deutsche Sozialdemokratie stand im Jahre 1890 allerdings vor einer Situation, wo die Durchführung der Arbeitsruhe in Deutschland eine Kriegserklärung gewesen wäre, nicht in dem Sinne, wie unser ganzes Streben, unsere ganze Agitation eine fortwährende Kriegserklärung ist, sondern eine Kriegserklärung zum Beginn der Schlacht.

Nun will ich Ihnen sagen, Parteigenossen, die deutsche Sozialdemokratie fürchtet keine Schlacht, sie gibt aber die Kriegserklärung nicht eher ab, als sie sich auch stark genug fühlt, die Schlacht voll und ganz zu gewinnen. . . . Genosse Schrammel hat mit vollem Verständnis die Verhältnisse in Deutschland berührt. Er hat gemeint, man hätte in Deutschland eine gewisse Besorgnis gehabt vor einem Attentat auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. Ich kann das nur in bedingtem Sinne zugeben. Denn ich will doch bemerken, daß die Sozialdemokratie in Deutschland sich ein Attentat auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht nicht gefallen lassen würde. Es gibt keine Macht der Erde, mag sie noch so gefürchtet sein und über so große Kraft verfügen, von der die Sozialdemokratie in Deutschland sich das Wahlrecht entreißen ließe. An dem Tage, an welchem der Sieg jener Leute, die uns das Wahlrecht entreißen wollen, errungen sein sollte, an dem Tage muß das Schlachtfeld mit den Leibern der Sozialdemokraten bedeckt sein. Diese Auffassung und Entschlossenheit der Sozialdemokratie ist in Deutschland bekannt, und ich glaube, es denkt in Deutschland niemand ernstlich daran, der Arbeiterklasse das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu entreißen.

Im Gegenteil, wir werden in Deutschland in hoffentlich kurzer Zeit uns mit der Erweiterung desselben beschäftigen. Wir sind der Meinung, daß wenn unsere jungen Leute gut genug sind, vor den Feinden als Kanonenfutter gebraucht zu werden, sie auch gut genug sind, da mitzuberaten, wo sie mit ihren Leibern einzutreten gezwungen sind. Wir wollen die Erweiterung des Wahlrechtes für jeden, der das zwanzigste Lebensjahr erreicht, wir wollen das Wahlrecht auch für die Frauen. Die Furcht vor einem Attentat auf das Wahlrecht war es nicht, welche die deutsche Sozialdemokratie von der Durchführung der allgemeinen Arbeitsruhe abgehalten hat. Es war im

Jahre 1890 die sichere Überzeugung, daß unsere Bourgeoisie den willkommensten Anlaß gefunden hätte, um ihrerseits angesichts der wirtschaftlichen Depression diejenigen Einrichtungen zu treffen, die die Lohn- und Lebenslage der Arbeiter herabzudrücken geeignet wären. Andererseits war es die Erkenntnis, daß wir nicht die Kraft hatten, das durchzusetzen, was anzuraten uns zugemutet wurde. Wir waren der Überzeugung, daß die deutsche Sozialdemokratie ihre Kraft nur anwenden darf, wenn sie des Sieges sicher ist. Dies war die Situation, die uns veranlaßte, jenes Mittel damals nicht zu empfehlen, weil wir uns sagen mußten, wir können dieses Mittel nicht durchführen. Inzwischen ist die Frage der Durchführung der Maiseier auch in Deutschland diskutiert worden, und ich sage, daß wir bewundernd den österreichischen Genossen in der Frage der Maiseier den Vorrang lassen. Wir anerkennen, daß, begünstigt durch die Verhältnisse, aber hauptsächlich durch den Mut und die Energie und die zielbewußte Entschlossenheit, das österreichische Proletariat ein Vorbild für die Maiseier gegeben hat, dem nachzustreben auch die deutsche Sozialdemokratie von Anfang an entschlossen war.

Wir haben in Köln den Beschluß gefaßt: „Gemäß den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse von Paris im Jahre 1889, Brüssel 1891 und Zürich 1893 begehrt die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der internationalen Verbrüderung, dem Weltfrieden. Zur würdigen Feier des 1. Mai erstreben wir die allgemeine Arbeitsruhe. Da aber deren Durchführung bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage in Deutschland zurzeit nicht möglich ist, so empfiehlt der Parteitag, daß nur diejenigen Arbeiter und Arbeiterorganisationen, die ohne Schädigung der Arbeiterinteressen dazu imstande sind, neben den anderen Kundgebungen den 1. Mai auch durch die Arbeitsruhe feiern.“

Parteigenossen! Wenn auch einige von ihnen möglicherweise, vielleicht sogar wahrscheinlicher Weise diesen Beschluß des deutschen Parteitages nicht weitgehend genug finden, so bitte ich Sie, doch nicht zu verkennen, welcher großer prinzipieller Unterschied in bezug auf die Maiseier in diesen Beschlüssen gegenüber den früheren Entwürfen ist. Von unseren Demonstrationen für den 1. Mai, d. h. für die Forderungen der Arbeiterklasse aller Länder, ist ein für allemal für Deutschland festgesetzt, daß der einzige Tag, an dem diese Feier stattfinden hat, der 1. Mai ist. Dasjenige, was Sie in Österreich mit so bewundernswürdigem Geschick und mit so großartigem Erfolge durchgeführt haben, und zwar die Einheitlichkeit der Maiseier, das nämlich in allen österreichischen Ländern an einem Tage, zu einer Stunde das gesamte klassenbewußte Proletariat für seine Forderungen eintritt, diese Einheitlichkeit der Feier werden wir jetzt auch in Deutschland annehmen. Wir haben festgesetzt: Alles, was in bezug auf den 1. Mai zu sagen, zu fordern, zu agitieren und zu demonstrieren ist, das geschieht fortan in Deutschland am 1. Mai, und damit ist — wie auch Sie anerkennen werden — ein bedeutender Schritt in dieser Richtung getan; und wenn wir in Deutschland heute gegenüber den tatsächlichen Verhältnissen nicht in der Lage sind, unseren Parteigenossen und namentlich auch den nicht organisierten Genossen jenen Rat zu geben, auf alle Fälle den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, sondern in Köln nur beschlossen haben, daß diejenigen Arbeiter und Arbeiterorganisationen, die dazu imstande sind, ohne Arbeiterinteressen zu verletzen, das tun sollen, so bedeutet dies doch einen Schritt nach vorwärts. Ich möchte Sie bitten, Ihre Aufmerksamkeit auf das Wort „Arbeiterinteressen“ zu lenken; wir haben nicht etwa beschlossen, daß nur diejenigen durch Arbeitsruhe feiern sollen, deren persönliche Interessen nicht verletzt werden, wir haben es nicht in die Hand jedes einzelnen Genossen gelegt, für sich zu entscheiden, ob seine persönlichen materiellen Interessen dadurch verletzt werden, sondern wir legen den Schwerpunkt der Entscheidung auf die Interessen der Arbeiterorganisationen, auf die Interessen der Partei, indem wir sagen, da, wo diese Arbeiterinteressen, diese Interessen der Gesamtpartei es gestatten, da soll durch Arbeitsruhe gefeiert wer-

den — d. h. also dort, wo die Arbeiterorganisationen sich stark genug fühlen, die Arbeitsruhe durchzusetzen, dort, wo diese Arbeiter der Verpflichtung sich bewußt sind, die Opfer dieser Demonstration nach Kräften zu unterstützen —, da sollen sie die Arbeitsruhe einführen, um zu zeigen, daß auch in den deutschen Delegierten das Gefühl der Internationalität stark genug ist, um sich über vorübergehende Opfer hinwegzusetzen. . . .

Zu der Tat wurde dann auch von der deutschen Sozialdemokratie der Maifeier gegenüber die von Singer angedeutete Haltung vom nächsten Parteitag ab beobachtet.

## Der Parteitag in Frankfurt a. M. 1894

nahm auch zur Maifeier Stellung. Der Parteivorstand sagte über den Verlauf derselben im Jahre 1894 in seinem Bericht:

Die Maifeier ist auch im verflossenen Jahre, nachdem durch die auf dem Parteitag in Köln angenommene Resolution die Einseitigkeit der Feier verbürgt war, wieder in würdiger Weise verlaufen. Konnten auch bei der Ungunst der Verhältnisse nur wenige Arbeiterkategorien die Feier in der entsprechendsten Form, durch Arbeitsruhe, begehen, so ist doch die der Maifeier zugrunde liegende Idee des Achtstundentags und der internationalen Solidarität des arbeitenden Volkes in hundert und aber hundert Versammlungen in allen Teilen Deutschlands mit elementarer Macht zum Ausdruck gebracht worden. Mag das Unternehmertum sich zurzeit auch noch so gegen den Achtstundentag sträuben, die Erkenntnis von der Notwendigkeit desselben bricht sich mit jedem Tage in immer weiteren Kreisen Bahn. . . .

Neben der Maifeier bot auch der vom 25. bis 31. März dieses Jahres in Wien abgehaltene Parteitag unserer österreichischen Bruderpartei uns wieder Gelegenheit, die internationale Solidarität des klassenbewußten Proletariats zum Ausdruck zu bringen. Da die diesmaligen Verhandlungen unserer österreichischen Genossen, wegen des von ihnen zur Erzwingung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechtes geführten Kampfes, besonders bedeutungsvoll waren, entsandete der Vorstand als Vertreter der Partei die Genossen Bebel, Singer und Gerisch.

Als Berichterstatter über den Punkt „Maifeier“ führte Meißner aus:

Ich bin der Meinung, daß dieser Gegenstand nicht viel Zeit kosten kann, weil seit dem internationalen Kongreß in Zürich die prinzipielle Stellung, die wir einzunehmen haben, festgelegt ist. Aus der Züricher Resolution wissen Sie, daß die materielle Grundlage eine andere ist als die des Pariser Kongresses, daß sie erweitert worden ist. Es handelt sich nun nicht mehr um den Achtstundentag und um Arbeiterschutz allein, sondern um eine internationale Demonstration für den Massencharakter der proletarischen Bewegung. Durch den Ausfall der Maifeier in allen Ländern ist bewiesen worden, daß die internationale Solidarität die erfreulichsten Fortschritte gemacht hat. Die würdigste Feier würde die Arbeitsruhe sein. Wir werden alles dazu tun, um sie immer mehr durchzuführen.

Unser jetziger Beschluß kann nicht anders lauten als die Kölner Resolution.

Es würde nur eine Wortklauberei sein, wenn wir, wie die Verhältnisse nun liegen, eine neue Resolution ausarbeiten wollten. Wir müssen die ersten sein, die die Beschlüsse hochhalten, und dürfen es nicht unterstützen, daß doch da und dort an einem andern Tage als am 1. Mai die Demonstration stattfindet. Wenn die Maifeier auch hier und da zu Kollisionen geführt hat, so werden wir ihnen nicht aus dem Wege gehen können. Sie entspringen eben dem Massencharakter der Demonstration, auch

unsere Gegner sind davon überzeugt, daß es nicht Schwäche von uns ist, wenn wir die Arbeitsruhe nur überall da eintreten lassen, wo es ohne Konflikte möglich ist.

Von Königsberg i. Pr. lag ein Antrag 109 vor, der verlangte, daß es den Parteigenossen zur Pflicht gemacht wird, mit größerem Eifer dahin zu wirken, daß der 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert würde. Dieser Antrag wurde von Schulze-Königsberg mit dem Hinweis begründet, daß wir, da die wirtschaftlichen Verhältnisse in absehbarer Zeit doch keine Änderungen erfahren werden, **energischer** wie bisher für Durchführung der Arbeitsruhe agitieren müßten.

Wie Schulze trotz der der Arbeitsruhe entgegenstehenden schlechten Konjunktur die erstere mehr als bisher propagieren wollte, führte er nicht aus. Mit Recht wandte gegen diesen Antrag v. Elm ein, daß durch dieses Beginnen, eine Reihe wirtschaftlicher Kämpfe heraufbeschworen würden, die der Arbeiterbewegung nur Schaden würden.

Nach Ablehnung der auf Verschärfung der Maifeier durch Arbeitsruhe hinzielenden Anträge, wurde die Kölner Resolution angenommen.

## Der Parteitag in Breslau 1895.

Hatten sich bisher alle Parteitage der Durchführung einer weitgehenden Arbeitsruhe gegenüber ablehnend verhalten und sich nur auf mehr oder weniger platonische Liebeserklärungen derselben gegenüber beschränkt, so sollte das auf dem Parteitag in Breslau anders werden. Es darf das auch nicht Wunder nehmen. Alle bisherigen Parteitage hatten sich grundsätzlich für Arbeitsruhe, als die würdigste Form der Feier ausgesprochen, aber nur in Rücksicht auf die absolute schlechte Geschäftslage, von einer regen Propagierung derselben abgesehen. Das Jahr 1895 war das Anfangsjahr des wirtschaftlichen Aufschwunges, deswegen die früheren Bedenken gegen eine Propaganda nicht mehr zutreffend und der Vorstoß zugunsten der Arbeitsruhe nur zu erklärlich.

Der Parteivorstand beschränkte sich in seinem Bericht an den Parteitag nur auf die Feststellung, daß die Maifeier 1894 sich im Rahmen der Parteitagsbeschlüsse gehalten, die Arbeitsruhe aber angenommen habe.

Ein von 17 Leipziger Parteigenossen eingebrachter Antrag 86 lautete:

Die Sozialdemokratie jedes Landes hat die Pflicht, die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai anzutreiben und jeden Versuch zu unterstützen, der an einzelnen Orten und von einzelnen Organisationen in dieser Richtung gemacht wird.

Außerdem lagen von Mohr-Leipzig und Timm-München Anträge vor, die nach dem Beispiel Berlins „die Durchführung der Arbeitsruhe den Gewerkschaften überlassen wissen wollten.“ Beide Anträge sollten als Zusätze der Kölner Resolution angefügt werden.

Der Referent zum Punkt „Maifeier“, Bebel, ging auf diese Anträge ein und begründete die vom Parteivorstand vorgelegte Resolution folgendermaßen:

Nach mehrjährigen, sehr lebhaften Kämpfen über die Art und Weise, wie die Maifeier in Deutschland begangen werden soll, sind wir endlich durch die Beschlüsse des Berliner Parteitages zu einer festen Regelung dieser Frage gekommen. Seitdem sind ernsthafte Differenzen darüber nicht mehr ausgebrochen. Die beiden folgenden Parteitage haben in verhältnismäßig sehr kurzer Zeit die Frage abgetan und in demselben Sinne entschieden, wie der Berliner Parteitag. Ich darf wohl annehmen, daß auch heute in ähnlicher Weise beschlossen wird. Über die Bedeutung der Maifeier heute noch ein Wort zu sagen, hieße in der Tat Wasser ins Meer tragen, denn wir können mit Genugtuung konstatieren, daß im Laufe der Jahre in den weitesten Kreisen unserer Genossen das Verständnis für die Maifeier immer mehr gewachsen ist und dieselbe als eine Notwendigkeit für die Partei und als eine Kundgebung des Solidaritätsgefühls der internationalen Arbeiterklasse betrachtet wird. Es kann also heute nicht mehr die Rede davon sein, von einer Feier abzuweichen. Die Resolution, die ich Ihnen namens des Parteivorstandes vorzuschlagen habe, unterscheidet sich von der vorjährigen dadurch, daß der Hinweis auf die mißliche geschäftliche Lage, die es uns unmöglich macht, eine allgemeine Arbeitsruhe einzutreten zu lassen, fortgefallen ist. Obgleich die Tatsache, daß ungünstige wirtschaftliche Verhältnisse für die Arbeiterklasse vorhanden sind, auch heute noch besteht, erscheint es doch überflüssig, immer wieder darauf hinzuweisen.

In Berlin sind die Genossen übereingekommen, die Ausführung der Maifeier in erster Linie den Gewerkschaften zu überlassen, und ich glaube, daß dies am besten ist. Dieser Weg kann auch an anderen Orten beschritten werden, er regelt die Angelegenheit in einer für alle befriedigenden Weise.

Wichtiger ist der Antrag 86, den Zusatzabsatz des Züricher Kongreßbeschlusses betreffend die Maifeier in die Resolution einzuschalten. Dieser Antrag ist geeignet, die Frage in ihrem ganzen Umfange wieder aufzurollen, wie sie auf dem Züricher Kongreß bereits aufgerollt war und dort entschieden wurde. Die Genossen, die als Delegierte der deutschen Partei in Zürich waren, werden wissen, daß wir uns mit überwältigender Majorität gegen den hier beantragten Zusatz ausgesprochen haben. Nur wenige deutsche Delegierte, ich glaube neun, haben dafür gestimmt. Wir kommen durch Annahme dieses Antrages in große Schwierigkeiten, denn dann würde in dem Falle, daß z. B. die Mehrheit einer kleinen Gewerkschaft beschließt, um jeden Preis in die Arbeitsruhe einzutreten, die gesamte Partei in der betreffenden Stadt oder in dem betreffenden Bezirk, auch wenn es gegen ihre Überzeugung ist, verpflichtet, diesen von ihr mißbilligten Beschluß zu unterstützen und natürlich auch die Konsequenzen zu tragen. Wenn also infolge eines solchen unbesonnenen Vorgehens Maßregelungen in großem Umfange vorkämen, so hätten die Genossen an dem Orte für die Maßregelungen einzutreten. Wir müssen in dieser Beziehung den bisher beschrittenen Weg innehalten und dürfen keinen Zwang und keine Verpflichtung aussprechen. Im allgemeinen sind in dieser Frage am besten die Gewerkschaften maßgebend. Entscheidet sich eine Gewerkschaft, in die Arbeitsruhe einzutreten, so kann man in 99 von 100 Fällen annehmen, daß auch alle Bedingungen zur Durchführung eines solchen Beschlusses vorhanden sind. Tritt dann dennoch eine kleine Maßregelung ein, so wird kein großes Geschrei erhoben, man wird die Opfer tragen. Das ist doch etwas anderes, als wenn einer Mehrheit zugemutet wird, den Beschluß einer Minderheit mit allen Kräften aufrecht zu erhalten. Nun ist es erfreulich, konstatieren zu können, daß die Zahl derer, die am 1. Mai in die Arbeitsruhe eintreten, sich von Jahr zu Jahr vergrößert. Lassen wir sich das so weiter entwickeln. Kommt dann wieder einmal nach einer gedrückten Geschäftsperiode eine Periode der Prosperität, so daß die

Arbeiter imstande sind, den Unternehmern ihre Bedingungen zu stellen, dann kann man auch die Frage einer allgemeinen Arbeitsruhe erörtern. Vorläufig sind wir noch nicht so weit, und so bitte ich Sie, unsere Resolution anzunehmen.

Die vorgeschlagene Resolution lautet:

„In Übereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891 und Zürich 1893 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der Verbrüderung und dem Weltfrieden. Als würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe, daher empfiehlt der Parteitag denjenigen Arbeitern und Arbeiterorganisationen, die ohne Schädigung der Arbeiterinteressen den 1. Mai neben den andern Rundgebungen auch durch die Arbeitsruhe feiern können, Arbeitsruhe eintreten zu lassen.“

Nach Ablehnung des Zusatzes der Leipziger Parteigenossen und des von Mohr und Timm beantragten Zusatzes, wurde die Resolution des Parteivorstandes gegen 2 Stimmen angenommen.

---

## Die Maifeier auf dem internationalen Kongreß in London 1896.

Die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zur Arbeitsruhe war von Parteitag zu Parteitag derselben immer geneigter geworden und darf es daher nicht wunder nehmen, wenn auf dem im folgenden Jahr stattfindenden internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongreß in London, auch von der deutschen Delegation niemand für eine gründliche Aussprache zu haben war. Die Maifeierfrage wurde dort sehr kurz abgetan. Das Protokoll enthielt darüber nur folgende 3 $\frac{1}{2}$  Zeilen:

Bezüglich der Feier des 1. Mai schließt sich der Kongreß den früheren Kongreßbeschlüssen an. Er erblickt in der Maifeier eine wirksame Demonstration des Achtstundentags und hält die Arbeitsruhe für die wirksamste Form der Demonstration.

---

## Die Maifeier 1896 und der Parteitag in Gotha.

Daß die Anregungen des Parteitages in Breslau betreffs des verschärften Eintretens für die Arbeitsruhe nicht auf unfruchtbaren Boden gefallen sind, das bewies die Maifeier 1896, die allerdings auch eine größere Arbeitsruhe in den einzelnen größeren Industriestädten aufwies, dagegen einen schroffen Widerstand der Unternehmer und eine Zunahme des Umfangs der Aussperrungen zeitigte. Bahnbrechend waren auch hier wieder die Metallindustriellen, die drei- bis sechstägige Aussperrungen eintreten ließen. Durch diese Aussperrungen kam es auch zu einer Anzahl Arbeitseinstellungen mit Gegenforderungen. So verlangten die Metallformer in Berlin, die bis 5. Mai ausgesperrt worden waren, Bezahlung dieser Tage. Die Folge dieser Forderung war ein 26wöchiger Kampf, an dem zirka 500 Former und Gießereiarbeiter beteiligt waren, und der resultatlos endete.

Daß diese Maifeier nicht so ruhig verlief, ging auch aus dem Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag in Gotha hervor, wo es heißt:

In bezug auf die Maifeier beschloß der vorjährige Parteitag: „Als würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Daher empfiehlt der Parteitag denjenigen Arbeitern und Arbeiterorganisationen, die ohne Schädigung der Arbeiterinteressen den 1. Mai neben anderen Kundgebungen auch durch die Arbeitsruhe feiern können, Arbeitsruhe eintreten zu lassen.“

Der eingetretene geschäftliche Aufschwung gestattete den Arbeitern, dem Beschlusse in umfassendster Weise Folge zu leisten. In den größeren Städten ruhte die Arbeit in ausgedehntem Maße. Berlin marschierte an der Spitze. Die Branchen wetteiferten miteinander. Verständigerweise willigten zahlreiche Unternehmer auf erfolgte Vorstellung der Arbeiter ein, ihre Fabriken am 1. Mai zu schließen. In manchen Provinzstädten erreichte der Besuch der Morgenversammlung eine 2000 Personen übersteigende Teilnehmerzahl.

Das teilweise Eingehen der Unternehmer auf die Wünsche der Arbeiter in Verbindung mit der Aufforderung der Parteileitung an die Parteigenossen, die aufsteigende Konjunktur für die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai nutzbar zu machen, hatte die Presse der Großbourgeoisie aus Rand und Band gebracht. Allen voran waren es die Bismarckorgane, die, halb witschnaubend, halb bittend und flehend, Unternehmertum und Staatsgewalt beschworen, dem Bestreben der Arbeiter, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, mit Festigkeit und Entschiedenheit entgegenzutreten.

Ein Echo fanden diese Tiraden nur bei den Kühnemännern, die jeden am 1. Mai Feiernden mit dem Ausschluß von der Arbeit bedrohten. Doch die Arbeiter ließen sich nicht einschüchtern und beantworteten in den Fällen, wo die Unternehmer, um ihr Prestige zu wahren, den Feiernden als Strafe einen dreitägigen Arbeitsausschluß dekretierten, mit Niederlegung der Arbeit. Die Arbeiter fanden rasch in der Konkurrenz „liebvolle Aufnahme“.

Einige Forderungen, die vermeinten, hinter den Kühnemännern nicht zurückstehen zu dürfen, faßten zwar Resolutionen gegen die „unbotmäßigen“ und in ihren Forderungen „unverschämten“ Arbeiter, aber damit hatte es sein Bewenden. Das lärmende Auftreten der Ärmsten täuscht niemand mehr über ihre wirtschaftliche Bedeutungslosigkeit. Der von den Berliner Genossen eingeführte Modus der Veranstaltung der Maifeier, die Abhaltung der Versammlungen am Vormittag den Gewerkschaften und die Abendveranstaltungen der Partei zuzuweisen, hat sich bewährt und ist den Genossen zur Nachachtung zu empfehlen.

Wie aus dem angeführten Beispiel des 26wöchigen Ausstandes der Metallformer in Berlin ersichtlich, ist die Maifeier nicht überall so glatt abgegangen, wie sich dies im Bericht des Parteivorstandes liest. Unzählige Wunden sind den verschiedenen Gewerkschaften und deren Mitglieder geschlagen worden. Wunden, die umso schmerzhafter waren, weil sie nie gründlich vernarbt, sondern kaum, daß der Heilungsprozeß angefangen hatte Fortschritte zu machen, wieder aufgewissen wurden, da die Maifeier wieder vor der Türe stand, und die organisierten und gut disziplinierten Arbeiter es für eine Schande hielten, zu arbeiten, wenn an sie die Aufforderung zu feiern, erging.

Diese Aufforderung erschien aber alljährlich. Wenn sie auch von den Gewerkschaftsvorständen selbst nicht ausging, so doch von der Parteipresse, die den Arbeitern die Pflicht der Arbeitsruhe nicht oft und gründlich genug ans Herz legen konnte. Da waren es die Auslassungen in den politischen Versammlungen, die für die Arbeitsruhe

Propaganda machten und die gewerkschaftliche Leisetreterei verurteilten usw. Und so kam es, daß trotz der alljährlichen Opfer die Maifeier durch Arbeitsruhe nicht nachließ, sondern hier und da eine Zunahme erfuhr.

Auch der Parteitag in Gotha 1896 machte es den Parteigenossen zur Pflicht, für die Arbeitsruhe einzutreten. Der Berichterstatter Gerisch schlug folgende Resolution vor:

In Übereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893 und London 1896 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der Verbrüderung und dem Weltfrieden. Als würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, und überall da, wo die Möglichkeit zur Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.

Der Referent stellte fest, daß durch die aufsteigende Konjunktur die Maifeier einen stärkeren Umfang angenommen hat. Er führte aus:

Weiter zu gehen, halten wir diesmal nicht für möglich. Wir haben, entsprechend dem Antrag der Wandarbeiter Genossen, unsere Resolution diesmal insofern verschärft, als es den Parteigenossen zur Pflicht gemacht werden soll, wo es möglich ist, die Maifeier zu begehen.

Ebert-Barmen wünschte noch, daß in die Resolution hinein kommt, „daß mehr als bisher“ noch für die Arbeitsruhe eingetreten werden soll.

Dagegen wendet sich Mezner-Berlin, der durch die Aussperrung der Unternehmer zu einer anderen Ansicht gekommen ist und führte aus:

Die Aufnahme der Worte „mehr als bisher“ würde gerade die schlimmsten Folgen hervorrufen, die wir durch unsere Beschlüsse auf den früheren Kongressen haben verhüten wollen. In Berlin glaubte eine gut organisierte Gewerkschaft auch durch Kampf die Maifeier erzwingen zu können, und was war die Folge? Noch heute befindet sie sich zum größten Teile im Ausstand; und diejenigen, die es nicht mehr sind, haben bis zu einem gewissen Grade kapitulieren müssen. Durch scharfe Beschlüsse durchbrechen Sie den Ring der Unternehmer nicht. Die Genossen, die die scharfe Resolution beantragen, sollen zunächst für eine umfassendere Organisation sorgen.

Von Österreich war es Schumajer, der am liebsten gesehen hätte, wenn strikte Arbeitsruhe beschlossen worden wäre. Derselbe sagte:

Den Genossen in Österreich wird derjenige Beschluß am besten gefallen, der da fordert, daß die Maifeier durch allgemeine Arbeitsruhe begangen wird. Bei uns liegen die Verhältnisse anders als in Deutschland, wo die Partei ihre Stärke bei den Wahlen zeigen kann. Wir werden ja im nächsten Jahre auch den Versuch machen, natürlich brauchen wir dazu Geld. (Heiterkeit.) Es kann uns kosten, was es will, der 1. Mai wird bei uns durch allgemeine Arbeitsruhe gefeiert. Wenn auch die bedauerlichen Vorgänge im Vorjahre, wo es im Prater zu einer förmlichen Schlacht gekommen ist, die bürgerliche Presse zu dem Subelruf verleitet haben, daß es mit der Maifeier in Wien vorüber ist, so erkläre ich doch hier in Deutschland: Wir werden in Wien